

Deutsch- Russischer Austausch

Heinrich- Böll- Stiftung

Evangelische Akademie zu Berlin

7. Deutsch - Russisches Herbstgespräch

Wer braucht wen? - Der Staat und seine Jugend

15. bis 17. November 2002

Haus Schwanenwerder

Berlin- Nikolassee

Inhalt

Einführung	Jan Köttner	3
Vortrag	Elena Omeltschenko Die Jugend im Kontext der Transformation der russischen Gesellschaft	6
Statement	Ludmila Wachnina Zivildienst und Armeereform in Russland	12
Statement	Winfried Nachtwei Wehrpflicht oder Berufsarmee in Deutschland?	16
Statement	Andrej Jurow Die Beteiligung der Jugend an Bürgerinitiativen in Russland. Die Freiwilligenarbeit	21
Statement	Jan Gildemeister Freiwilligendienste im friedenspolitischen Diskurs in Deutschland	27
Bericht	Arbeitsgruppe A Armee und Zivildienst – Was kann der Staat von seinen jungen Bürgern fordern?	33
Bericht	Arbeitsgruppe B Freiwilligendienste – Was wollen Jugendliche Staat und Gesellschaft geben?	36
Bericht	Arbeitsgruppe C Jugend und Politik – wie wollen Jugendliche leben?	41
Thesenpapier	Roman Maranow, Arbeitsgruppe A Jugendliche als Geiseln des Verteidigungsministeriums?	46
Thesenpapier	Olga Pogonina, Arbeitsgruppe C Patriotismus in Russland – Politik, Gesellschaft, Jugend	51
Impressum		57
Tagungsprogramm		58

Einführungsrede Jan Köttner



René Magritte: „Ceci n'est pas une pipe“¹

Dies ist keine deutsch-russische Tagung!

Ich hatte meine Einführungsrede schon geschrieben, als ich mich mit einer der hier anwesenden Referentinnen zu einem Vorgespräch traf und diese zwanzig Jahre junge Frau mir folgende Frage stellte : „Gehören binationale, besonders deutsch-russische Konferenzen nicht eher in die Zeiten Otto von Bismarcks?“ Aus dieser kritischen Nachfrage zog ich zwei Schlussfolgerungen: Erstens: Ich habe eine gute Referentin eingeladen. Zweitens: Ich sollte in meiner Einführungsrede nichts Inhaltliches sagen – das soll ganz Ihnen überlassen bleiben – sondern einige Überlegungen zum Charakter dieser Veranstaltung vorwegschicken: Welches Merkmal zeichnet sie aus und kehrt mehr oder weniger jedes Jahr wieder? Was ist der rote Faden der vergangenen Jahre? Ich will es in eine Formel fassen, die uns vor zwei Jahren noch gefehlt hat, obwohl sie auch damals eigentlich schon da war. Die Formel lautet: *Ein Thema – zwei Gesellschaften.*

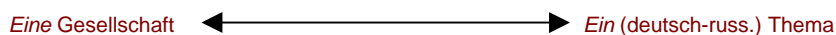
Damit hat es folgendes auf sich: Wir wollen zunächst sowohl den russischen als auch den deutschen Teilnehmern die Gelegenheit bieten, an den politischen Debatten und Entwicklungen im jeweils anderen Land teilzuhaben. Wir versprechen uns davon das gegenseitige Vertrautwerden zweier Gesellschaften.

¹ Das Gemälde ist zu finden z.B. unter www.uwrf.edu/history/prints/magritte-pipe.html

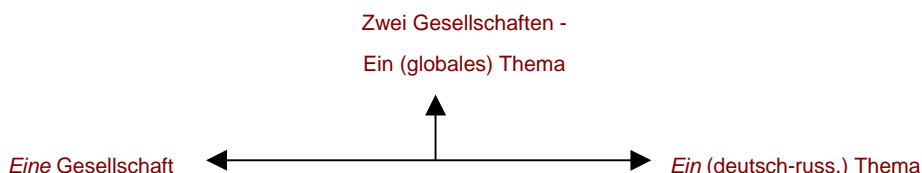
Dieses Anliegen schlägt sich nieder in der Wahl des jährlich wechselnden Themas: Was ist das Kriterium für die Wahl des Themas? - Es braucht gerade *nicht* ein „deutsch-russisches“ Thema zu sein, lediglich die Teilnehmerschaft entstammt überwiegend diesen beiden Gesellschaften. Die eingeschränkte Gültigkeit der Benennung „deutsch-russisch“ im Titel dieser Veranstaltung – dieser Punkt ist sehr wichtig, um ihren Sinn zu verstehen, ich will ihn deshalb durch einen Vergleich mit anderen Veranstaltungen, die auf den ersten Blick der unsrigen ähnlich sind, verdeutlichen:

Auf der einen Seite gibt es die (deutsch-russischen) Veranstaltungen, die eine bestimmte Gesellschaft, ein bestimmtes Land zum Gegenstand machen; sie haben dann Titel nach dem Muster „Russland in der Krise“ oder „Russland am Scheideweg“ (so der Titel des Herbstgesprächs im Jahr 1996. Wir warten noch auf den Tag, an dem in Moskau ein Kongress zum Thema „Deutschland am Abgrund“ eröffnet wird). Es handelt sich dabei mehr oder weniger um Informationsveranstaltungen von Russen für Deutsche, die eine wie auch immer begründete Schwäche für Russland entwickelt haben.

Auf der anderen Seite gibt es die Veranstaltungen, die sich auf ein bestimmtes (deutsch-russisches) *Thema* konzentrieren und sich eher an Spezialisten richten; ihre Themen sind z.B. der Nichtangriffspakt zwischen Hitler und Stalin, oder das Problem der „Beutekunst“, oder auch der Export deutschen Atommülls nach Russland, usw.



Sie werden in den folgenden zwei Tagen hoffentlich sehen, dass keiner dieser beiden Veranstaltungstypen auf den unsrigen zutrifft. Am letzten Tag der 4. Herbstgespräche (1999) bildete sich eine von Alexander Kalich aus Perm geleitete Gruppe von Tagungsteilnehmern zwecks selbstkritischer Bestandsaufnahme und forderte unter anderem, dass wir uns mehr auf „globale“ Themen, d.h. *nicht*-deutsch-russische Themen, einlassen müssen. Über die Jahre bildete sich ein Veranstaltungstyp heraus, bei dem zwei verschiedene Gesellschaften zugleich Gegenstand und Subjekte der Tagung sind und sich vor diesem Hintergrund über ein globales Thema auseinandersetzen:



Die Bedingung an das Thema lautet folglich: Es soll potentiell für *alle* Gesellschaften von Interesse sein – und insofern nehmen Sie gerade nicht an einer deutsch-russischen, sondern an einer kosmopolitischen Veranstaltung teil.

Zum Aufbau des Programms: Sie sehen, dass das Programm eine symmetrische Struktur hat. Und Sie verstehen nun, dass dies nicht durch politische Korrektheit

motiviert ist, sondern zum Wesen dieser Veranstaltung gehört: ‚Zwei Gesellschaften diskutieren *ein* Thema, dass sich in diesen zwei Gesellschaften verdoppelt‘.

Das diesjährige Thema „Jugend und Staat“ haben wir aufgeteilt in eine allgemeinere Diskussion am Freitag und Sonntag, die die spezielleren Themen des Samstags vor- und nachbereitet. Jedes einzelne der spezielleren Themen ist in beiden Ländern in unterschiedlicher Weise auf der Tagesordnung.

Was könnte das fernere Ziel sein, zu dem diese jährliche Tagung einen Beitrag leisten soll? – Dazu komme ich nochmal auf Bismarck zurück: Ich gebe dem unterstehenden Bild den Namen „Bismarck erschöpft“. Oder genauer: „Der erschöpfte Schöpfer der Rentenversicherung und des damit verknüpften Generationenvertrages.“ In Anlehnung an den französischen Philosophen Bergson, der für eine kurze Zeit, Anfang des letzten Jahrhunderts einmal sehr wichtig für Russland war, könnte das Ziel die „schöpferische Entwicklung“² Europas sein, und zwar aus den Gesellschaften heraus; und unabhängig davon, wo die Grenzen der EU verlaufen werden und wo Asien anfängt.

Ich kann Ihnen versichern, wir hatten selten eine so breit gefächerte Repräsentation zweier Gesellschaften wie in diesem Jahr. Vor allem aber war selten eine solche Spannweite an Generationen vertreten. Ich freue mich, dass Sie alle gekommen sind.



Franz von Lenbach: „Bismarck“ um 1900

² Im frz. Original: „Evolution créatrice“ (1907)

Vortrag Elena Omeltschenko

Direktorin und Begründerin des Uljanowsker Zentrum für soziologische Studien „Region“. Sie ist Autorin der Forschungsarbeit «Wem gehört die Zukunft Russlands?» über die Probleme, Hoffnungen, Perspektiven und Tendenzen Jugendlicher in der Transformationsperiode. Die Studie ist über Russlands Grenzen hinaus bekannt geworden. Das Zentrum hat Partner in Grossbritannien, Italien, den USA und anderen Staaten.

**Die Jugend im Kontext der Transformation
der russischen Gesellschaft**

Der Streit um die Jugend als soziale Gruppe ist noch immer nicht verstummt. Dies betrifft die Debatten um die Klärung des Begriffs ebenso wie die Bestimmung des Platzes dieser Jugend, ihrer Funktion und Aufgabe in der Gesellschaft. In Russland werden derartige Diskussionen heute nicht nur unter Wissenschaftlern geführt. Die Aktualität solcher Auseinandersetzungen ist auch für Politiker offensichtlich. Die Jugend verkörpert die Macht, die Werte und Kultur der Zukunft. Dabei stellt die russische Jugend der Gegenwart bei weitem keine homogene oder monolithische Gruppe dar. Ein Teil der Jugend demonstriert große Innovationskraft, ein anderer dagegen stärkere Traditionsgebundenheit als selbst die Generationen der Erwachsenen.

In allen staatlichen Ideologien entsteht ein bestimmter Diskurs, in dem Modelle von der „Jugendlichkeit“ und der „Jugend“ konstruiert werden. Davon, welcher *Diskurs* dabei dominiert, hängt vielfach die Zielrichtung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Bemühungen ab. Herrscht eine Problematisierung der Jugend vor, legt die Politik ihren Akzent auf das Entgegenwirken gegen die sogenannten Abweichungen der Jugend. Wird die Jugend idealisiert, überwiegen Investitionen in „fortschrittliche“ Verhaltensweisen der Jugend, im Fall ihrer Ausbeutung werden Konsumsymbole der Jugendlichen als Verpackung für kommerzielle Angebote benutzt – in der Wirtschaft für die Reklame, in der Politik für das jugendliche Wählerpotential, in der populären Massenkultur für das Showgeschäft.

Die russische Jugend ist heute eines der aktivsten und machtvollsten sozialen *Subjekte* geworden. Von ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wahl hängt in großem Maße die Entwicklung der russischen Gesellschaft ab, und in erster Linie – die der marktwirtschaftlichen Verhältnisse. Leider stoßen zurzeit viele reale Probleme der Gegenwart nicht auf das Interesse von Wissenschaftlern und Forschern.

Die Jugendthematik gehört nicht zu den Prioritäten wissenschaftlicher Stiftungen und Schulen. Einzelne Erscheinungen des heutigen Jugendverhaltens finden nur staatliche Aufmerksamkeit, wenn sie eine offene Bedrohung für die Stabilität darstellen. Selbst in unzweifelhaft gefährlichen Situationen, wie sie etwa die wachsende Verbreitung von Drogenkonsum unter Jugendlichen darstellt, bleiben die Diskurse der Erwachsenen widersprüchlich. Bis heute fehlt es an einem gesellschaftlichen Konsens bezüglich der Gründe, Wege und Methoden für eine Reaktion auf diese soziale Krankheit (und nicht den Kampf mit ihr!). Die entsprechende Politik auf föderaler Ebene ist von der auf regionaler Ebene isoliert, und zwischen den Trägern der Antidrogenmaßnahmen herrscht weiterhin Konkurrenz um das Recht, das Problem höchstpersönlich überwinden zu können. Der Schmerz und die Leiden der Eltern wie der Drogenabhängigen selbst dienen als Quelle eines einträglichen Geschäfts und einer zweifelhaften politischen „Public Relation“. Die öffentliche Debatte in den Medien „spielt“ mit diesem Thema und führt „offene“ Gespräche mit der Jugend, begleitet von „Schauergeschichten“ aus dem Leben „hoffnungsloser Fixer“. Anders gesagt, die Informationslage bei diesem Problem ist außerordentlich verwirrend.

Die Sozialforschung zur russischen Jugend durchlebt gegenwärtig eine ernsthafte *Krise*. Sie legt die Notwendigkeit offen, auf jegliches Prinzip zur Vereinheitlichung dieser schwierigen sozialen Gruppe zu verzichten, bei dem die Verwandlung der heutigen Jugendsphäre in ein einziges Merkmal gepresst wird, und möge es auch tatsächlich bedeutsam sein.

Notwendig ist es, den neuen *Status* der Jugend zu überdenken und dabei sowohl ihre Idealisierung (in der Sowjetzeit) wie auch die auf ihre Probleme konzentrierte Darstellung (in der westlichen Nachkriegs- und der einheimischen Perestrojkaliteratur) zu vermeiden. Gesucht werden müssen neue Ansätze zur Erforschung zeitgenössischer Verhaltensweisen, von denen viele bei den vorangegangenen Generationen praktisch keinerlei Vorbilder oder Analogien haben. Für ihre Erkundung ist es wichtig, einen neuen Begriffsapparat zu erarbeiten, der „lebendige“ Formen einschließt und die Jugendsphäre mit einer Sprache beschreibt, die den neuen Phänomena dieser kulturellen Szenen angemessen ist. Für die Umsetzung dieses Ansatzes sind breitangelegte Erhebungen oder umfangreiche Meinungsumfragen offenkundig nicht ausreichend und zum Teil auch nicht effektiv. Es gilt zu lernen, die eigenen Stimmen der Jugend zu hören und auf qualifizierte Porträts der neuen Jugendlichen mehr Aufmerksamkeit zu verwenden.

Der Analyse harren die *Probleme einer neuen Zeit* – die Jugendarbeitslosigkeit, die starke soziale Schichtung, die immer schwierigeren Bedingungen beim Start ins Leben, neue soziokulturelle und vor allem stilistische Ressourcen sowie ihre unterschiedliche Zugänglichkeit für Jugendgruppen, die nicht unmittelbar mit strukturellen Merkmalen verbunden sind.

Neue Lebensgewohnheiten von Jugendlichen sind heute in vieler Hinsicht Reaktionen auf das *steigende Risiko* in allen Lebensbereichen. Die Risikosituation stimuliert die Entwicklung von *Individualismus* als einer grundlegenden Strategie zur Durchsetzung von Zielen. Die Vorstellungen von sozialen Erfolgen und über akzeptable Wege zu ihrem Erreichen werden vielfältiger. Es wächst eine neuartige soziale Ressource wie der Lebensstil, während gleichzeitig die Bedeutung des ererbten sozialen und kulturellen Kapitals der Eltern sinkt. Auch die Vorstellungen von Sicherheit ändern sich: die Verteidigung des persönlichen Lebensfeldes erweist sich vielfach als wichtiger als die Verteidigung der Sicherheit des Staates (und zwar sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab).

Die umfassenden Transformationsprozesse in der russischen Gesellschaft vertiefen die *soziale Ungleichheit*. Die vielgestaltigen Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und die verschiedenen Lebenschancen führen zu vermehrten Differenzierungen, was sich vor allem in den Bereichen Arbeit und Konsum bemerkbar macht. Die „neuen“ Unterschiede hängen nicht nur mit einer tiefgreifenden Schichtung der Eigentumsverhältnisse zusammen, dem stärksten Merkmal der Lebenswirklichkeit im heutigen Russland. Geprägt sind sie auch durch die Bevorzugung bestimmter Stile, die sich nicht nur an den Jugendkulturen zeigen können, sondern ebenso etwa in der Wahl bestimmter Arbeitsstrategien – in der aktiven Gestaltung von Situationen oder einem passiven Abwarten. Auch der Sinn der Arbeit unterliegt einer Veränderung und Vermischung: Wichtiger als die Frage, wer wie und wieviel arbeitet, ist heute, wer in welcher Branche und Firma sowie in welchem geografischen Gebiet arbeitet. Die sich spontan, amorph und ungerichtet entwickelnde Sozialstruktur vertieft nicht nur die soziale Ungleichheit und fördert die Marginalisierung wesentlicher gesellschaftlicher Gruppen, sondern sie erschwert auch die soziale Markierung, mit Hilfe derer Individuen der einen oder anderen dieser Gruppen zugeordnet werden können. Auch im Bereich der Geschlechts- und Genderbeziehungen sind augenfällige Veränderungen im Gang.

Die Störung der sozialen Kommunikation zwischen der älteren und der jüngeren Generation hat nicht nur negative, sondern auch positive Folgen. Die russische Jugend passt sich leichter und schneller an wechselnde Lebensbedingungen an, macht sich die Praktiken des Marktes und die individuellen Überlebenstechniken schneller zu eigen, reagiert angemessener auf die Vielfältigkeit der Konsumangebote, gewinnt schneller Zugang zu neuen Informationsnetzen und lernt deren Technologien beherrschen. Die Individualität bedeutet eine Befreiung von obligatorischen Gruppenbeziehungen – freundschaftlichen und familiären ebenso wie nachbarschaftlichen und kollektivistischen. Sie geht einher mit der freien Wahl der sozialen Gemeinschaft, in die das Individuum sich einfügen möchte, wobei der Einzelne selbst seine Handlungen bestimmt und persönlich die Verantwortung für seine Taten, Erfolge und Misserfolge trägt.

Doch es wäre falsch, in ein Extrem zu verfallen, die ganze neue Generation zu idealisieren und sie stillschweigend für in allen Teilen gleichermaßen an die neuen Lebensbedingungen angepasst zu halten. Die permanente Ungewissheit schafft einerseits überhöhte Ansprüche, andererseits beschränkte Möglichkeiten. Daneben entwickeln und institutionalisieren sich auch Formen der „Koexistenz im Risiko“ wie das Schmarotzertum, sozialer Zynismus und Infantilismus, halbkriminelle und kriminelle Aktivitäten, Drogenmissbrauch (Alkohol, Rauschgift).

Auch in den *Jugendkulturszenen* sind einschneidende Veränderungen im Gange. Die Ästhetik der Vielfalt sowie Popliteratur und –kunst werden Erscheinungen, die auf dem Markt breit angeboten werden und für anspruchslose Geschmäcker bestimmt sind. Innerhalb der Jugend findet das seinen Ausdruck einerseits in einer wachsenden Polarisierung und andererseits in der Vermischung verschiedener Clubszenen, die versuchen, zwischen Underground und Pop zu balancieren, um ihr Publikum zu halten und zu vergrößern. Nicht weniger wichtig ist die für Russland neue, moderne Tendenz hin zur Entwicklung einer Shoppingkultur. Die Waren bekommen zunehmend nicht allein einen Gebrauchswert, sondern auch eine symbolische Bedeutung; das Einkaufen in Geschäften wird zu einer Art der Beschäftigung, die immer weniger von den realen Bedürfnissen abhängt.

Es wird gesagt, die Jugend wäre jener Teil der Gesellschaft, der Veränderungen bringt und veraltete Traditionen in der Gesellschaft überwindet, indem er sie zerstört, anzweifelt und der Kritik unterwirft. Wie jedoch die Ergebnisse vieler Studien des Forschungsinstituts „Region“ in den vergangenen fünf Jahren gezeigt haben, ist die heutige Jugend bei weitem nicht einheitlich.

Erstens werden alle Jugendlichen erwachsen, gleich ob sie „Aufständische und Revoluzzer“, „Erbauer des Kommunismus“, „Sexuelle Revolutionäre“ oder „Cyberpunks“ sind. Und gerade ihnen gehört künftig die Macht, ihre Werte werden Teil der gesellschaftlichen Werte.

Zweitens ist die heutige Generation junger Russen so vielgestaltig, dass es praktisch unmöglich ist, eine Gruppe herauszufiltern, deren Werte und Verhaltensweisen man als dominierend bezeichnen könnte. Die Differenzierung verläuft in verschiedene Richtungen, die einander oft nicht kreuzen. Neben klassischen Ursachen wie der Position innerhalb einer Sozialstruktur werden dafür zunehmend andere Gründe bedeutsam. Dazu gehören: Niveau und Güte der erlangten Ausbildung, die von dieser und jener Gruppe genutzten legalen oder illegalen „Überlebensstrategien“ auf dem Arbeitsmarkt, Geschlechterunterschiede und Stilprofile. In ihnen zeigen sich die Art des Zugangs und der Nutzung kultureller Ressourcen, vorherrschende Konsumgewohnheiten, die Art der Aneignung der modernen Multikultur, die Einbindung in reale oder virtuelle Gemeinschaften, lokale Alltagsbesonderheiten usw.

Dennoch kann man bei gewisser Vereinfachung sagen, dass es in der gegenwärtigen russischen Jugend mindestens fünf typologische Gruppen gibt: zwei „avantgardistische“, eine konservative und zwei extremistische.

Die „*avantgardistischen*“ Gruppen sind weit verbreitet. Eine davon bilden die Jugendlichen mit sozusagen „prowestlichem“ Lebensstil, die sich beharrlich die Kenntnisse und Fertigkeiten aneignen, die für die Konkurrenzgesellschaft unabdingbar sind. Diese Jugendlichen arbeiten auf eine Bereicherung an Gütern und sozialem Kapital hin und investieren es für die Sicherung ihrer Zukunft. Konträr dazu steht jene typologische Gruppe, die man bedingt als „Null-Bock“-Vertreter („Pofigisti“, wörtlich: die „Ist-mir-Scheiß-egalisten“) und „Risiko-Vermeider“ bezeichnen kann (wobei übrigens nicht stimmt, dass diese Gewohnheiten sich mit dem Alter nicht ändern).

Die dritte, *konservative* Gruppe in der Jugend setzt auf die Bewahrung alter, routinemäßiger Gewohnheiten und Bräuche. Manche streben sogar danach, nicht nur zu den traditionellen religiösen (orthodoxen oder islamischen) Werten der Eltern, sondern sogar der Vorelterngeneration zurückzukehren.

Eine vierte und fünfte Gruppe bilden die *linken und rechten* Extremisten. Mancherorts erstehen Pionier- und Komsomolbrigaden oder –organisationen wieder auf, auch junge Kommunisten gibt es und radikale, profaschistische Gruppierungen. Offenbar kann man davon ausgehen, dass sich außerdem eine sechste Kategorie formiert: die heranwachsende *Reserve von Banden und anderer krimineller Verbindungen*.

Die Lebensstrategien dieser Gruppen unterscheiden sich ebenso wesentlich voneinander wie ihre Stilgewohnheiten. Die wichtigste Frage dabei ist: Welche der typologischen Gruppen wird im nächsten Lebenszyklus die Führung übernehmen, wenn die heutigen Jugendlichen zu den Eltern, zu Pädagogen und Journalisten, Politikern und Angestellten einer neuen Generation werden?

Seien wir Optimisten. Erstens zweifle ich nicht daran, dass die heutige Generation von Jugendlichen – als Ganzes genommen und verglichen mit der Generation ihrer Eltern – im Erwachsenenalter selbständiger und verantwortungsvoller handeln und auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger sein wird.

Zweitens „entfaltet“ sich das Erwachsenwerden – selbst wenn es nach gewissen inneren Gesetzmäßigkeiten geschieht –durchaus nicht in einem Vakuum, sondern innerhalb einer reifen und erwachsenen Mehrheit. Ohne besondere Anstrengungen von Staat und Gesellschaft kann man eine ausschließlich helle Zukunft Russlands kaum prophezeien. Sie wird in hohem Maße davon bestimmt sein, welcher stilistischen Gruppe oder welchen Gruppen der Staat den Vorzug einräumt, indem er ihnen hilft, sie unterstützt, auf die rechte Bahn bringt – und gegen welche Gruppen ein gewisses gesellschaftliches Einverständnis tätig wird, das der Entwicklung und Verbreitung von negativen Auswüchsen und Tendenzen entgegenwirkt.

Die entscheidende Wahl trifft dennoch jedes einzelne und unwiederholbare Individuum. Welche Mehrheit dabei entstehen wird, kann man nur vermuten. Jeder einzelne aber ist aufgerufen, selbständig zu denken und eigene Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Statement Ludmila Wachnina

Mitglied des Rates der Menschenrechtsorganisation Memorial, 1995—1998 Mitarbeiterin der Projektgruppe Menschenrechte, Koordinatorin der Arbeit in den Regionen. Ihre politische Arbeit begann Ludmila Wachnina 1989 als aktive Unterstützerin der Wahlkampagne von Andrej Sacharow. Frau Wachnina ist Mitglied des Sekretariats der Koalition „Für einen demokratischen alternativen Zivildienst“ und hat an der Arbeitsgruppe zum Gesetzentwurf „Über alternativen Zivildienst“ (von Rybakow, Barannikow u.a.) teilgenommen.

Zivildienst und Armereform in Russland

Der Begriff der Militärreform umfaßt einen umfangreichen Komplex organisatorischer, juristischer, ökonomischer und anderer Maßnahmen einschließlich struktureller Veränderungen, eine technische Umrüstung und viele anderer Aspekte. Selbstverständlich gehören im Zusammenhang mit dem alternativen Zivildienst nur wenige dieser Maßnahmen in das Arbeitsgebiet von Bürgerrechtlern, und nur wenige können von ihnen erörtert werden. Dies sind jene, die einen direkten Bezug zu den Rechten von Männern im wehrpflichtigen Alter haben. In erster Linie betrifft das den Übergang zum Prinzip eines Aufwuchses der Streitkräfte auf der Grundlage von freiwilligen Verträgen sowie die Gewährleistung einer Bürgerkontrolle über den Verteidigungsbereich.

In den Organisationen, die sich mit dem Schutz der Rechte von Soldaten befassen und die mit den Gegebenheiten in der Armee gut vertraut sind, ist die Meinung verbreitet, dass ein Gesetz über den alternativen Zivildienst nicht nutzt, sondern schadet – selbst wenn es liberaler ist als das in diesem Sommer verabschiedete. Das Gesetz wird benutzt, um einer Armereform endgültig zu entsagen, und mit ihm wird zudem faktisch Zwangsarbeit juristisch verankert. Noch bis zur Verabschiedung des Gesetzes war auch eine andere Ansicht populär. Ihr zufolge ist die Durchsetzung einer Militärreform in nächster Zeit nicht realistisch, und die Einführung des Zivildienstes reicht, um die Bürgerrechte in der Armee zu sichern und einen Anstoß für die Verbesserung der Lage von Soldaten zu geben. Doch genügt das angenommene Gesetz diesen Erwartungen offenkundig nicht. Die öffentliche Kampagne zur Durchsetzung eines demokratischen Gesetzes wurde von einer Position des Kompromisses aus geführt: Demnach hätte die Einführung eines auf demokratischen Prinzipien beruhenden Zivildienstes eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einer

Militärreform und ein Schritt beim Übergang hin zum Prinzip der Freiwilligkeit bei der Versorgung der Streitkräfte mit Nachwuchs werden können. Und betrachtet man zugleich die Meinung der breiten Bevölkerung, so ist Umfragen zufolge die Idee, die Wehrpflicht aufzuheben und die Armee in ein Kontraktsystem zu überführen, populärer als der Zivildienst.

In den westlichen Ländern sind die Einführung des Zivildienstes und der Übergang zu einer Berufsarmee, meiner Meinung nach, mit verschiedenen Motivationen verbunden: Erstens mit der Demilitarisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins; mit dem Bewusstsein von der Notwendigkeit, Kriegen vorzubeugen und folglich mit der Anerkennung, dass auch pazifistische oder antimilitaristische Überzeugungen eine Existenzberechtigung besitzen; schließlich auch mit der Festigung der Auffassung, dass die Menschenrechte oberste Priorität genießen. Zweitens sind beide, meine ich, in hohem Maße auf den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt zurückzuführen: Heute hängt die Verteidigungsfähigkeit immer weniger von der zahlenmäßigen Größe einer Armee und immer stärker von ihrer technischen Ausrüstung und der Qualifikation der Wehrdienstleistenden ab. Das macht die Unterhaltung einer vieltausendköpfigen Armee unwirtschaftlich. All dies gilt auch für Russland, jedoch wirkt daneben in Russland und einer Reihe anderer postsowjetischer Staaten noch ein weiterer Faktor – der hohe Grad der Rechtlosigkeit von Wehrdienstpflichtigen. Er ist erschreckend und für einen zivilisierten Staat nicht hinnehmbar. In der russischen Armee blühen Grausamkeit, Willkür und Gesetzlosigkeit. Das gegenwärtige System des verpflichtenden (und in der Realität zwangsweisen) Wehrdienstes befördert dabei keineswegs die Anstrengungen der Führungsebene zur Korrektur dieser Lage. Mehr noch, es schafft sogar die Bedingungen für einen immer schlimmeren Missbrauch wie etwa die Verleihung von Soldaten an kommerzielle Strukturen. Eben deshalb rufen die Probleme der Militärreform – an der, so scheint es, in erster Linie jene interessiert sein müssten, die für die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu sorgen haben – bei den Bürgerrechtlern ein so hohes Interesse hervor.

In diesem Zusammenhang weist für russische Wehrpflichtige die Frage nach den Überzeugungen einige Besonderheiten auf: Welche Überzeugungen geben ihnen das Recht, den Wehrdienst zu verweigern und ihn durch den Zivildienst zu ersetzen? Nur religiöse und pazifistische? Die Militärangehörigen sagen, dass viele junge Menschen nicht ihrer Überzeugungen wegen vom Verfassungsrecht auf Zivildienst Gebrauch machen würden, sondern, weil sie den Härten des Wehrdienstes entgehen wollten. Doch was gilt hierbei als Härte? Und was ist, wenn es einem jungen Menschen seine moralischen Prinzipien nicht gestatten, da zu dienen, wo ihm ein verbrecherischer Befehl erteilt werden kann, dem er sich unterordnen müsste? Und was ist, wenn er meint, dass ein Mensch mit Selbstachtung nicht darin einwilligen darf, unter Bedingungen zu dienen, die eine durch nichts gerechtfertigte Gefahr für sein Leben, seine Gesundheit und seine Menschenwürde darstellen – müssen solche

Überzeugungen berücksichtigt werden? In dieser Hinsicht gibt es nicht einmal unter den Bürgerrechtlern einen Konsens.

Eine Reform der Streitkräfte muss einhergehen mit der Schaffung effektiver Mechanismen für eine zivile Kontrolle. Die in der russischen Armee entstandene Lage beruht auf der faktischen Nichtexistenz dieser Kontrolle. Laut der Verfassung sind die Leiter der Verteidigungsbehörden unmittelbar dem Präsidenten als Oberkommandierenden und nicht dem Premierminister unterstellt. Wie die Geschichte der Annahme des Zivildienstgesetzes gezeigt hat, nehmen die Militärs nicht nur auf die Regierung keine Rücksicht, sondern sie zwingen der Regierung sogar erfolgreich ihren Willen auf. Bis in die jüngste Zeit hinein waren die Verteidigungsausgaben im Staatshaushalt geheim. Eine Kontrolle dieser Ausgaben war damit praktisch unmöglich, sie ist auch heute noch mit äußersten Schwierigkeiten verbunden. Und schließlich existiert in Russland eine Militärgerichtsbarkeit, die weder die Rechte von Wehrpflichtigen verteidigt noch die Bürgerrechte von Menschen gewährleistet, die zu Opfern von Militäraktionen werden. All dies führt zum Missbrauch von Geldern, zur Kriminalisierung des Offizierscorps und zur Straflosigkeit bei Verbrechen gegen die Persönlichkeitsrechte von Soldaten. Das ganze Ausmaß dieser Probleme wird meines Erachtens nach weder in Russland noch im Ausland wahrgenommen. In diesem Zusammenhang ruft das Schicksal jener Bürger, die ohne ihr Einverständnis zum Zivildienst in militärische Organisationen gesandt werden, besondere Unruhe hervor.

Der repressive Charakter des verabschiedeten Zivildienstgesetzes hat bei vielen Enttäuschung über das Konzept des Zivildienstes selbst ausgelöst. Das Beunruhigendste ist, dass viele junge Männer, die in der Bewegung für ein bürgerliches Gesetz über den alternativen Zivildienst aktiv waren, heute Möglichkeiten zur bewussten Verweigerung sowohl des Wehrdienstes als auch des Zivildienstes debattieren. Unter den russischen Bedingungen kann ein solcher Weg höchst gefährlich werden. Im Bündnis „Für einen demokratischen Zivildienst“, in dem der Einfluss der älteren Generation stärker spürbar ist, überwiegt die Ansicht, es sei notwendig, für eine Liberalisierung des Zivildienstes durch eine Gesetzesänderung oder die Annahme anderer juristischer Regelungen zu streiten. Dabei wird es für notwendig gehalten, auch die Durchführung einer Militärreform zu unterstützen. Meiner Meinung nach muss genau das künftig zur Grundrichtung bei der Verteidigung der Rechte von jungen Männern werden.

Die Frage einer Militärreform wird heute in Russland ziemlich ernsthaft aufgeworfen. Ungeachtet des heftigen Widerstandes innerhalb der höheren Kommandoebenen begreifen viele Vertreter der Exekutive die Notwendigkeit einer solchen Reform, und zwar vor allem unter dem Gesichtspunkt der Verteidigungsfähigkeit des Landes. Der Einfluss von Befürwortern und Widersachern der Reform schwankt dabei stark. In dieser Situation kann der gesellschaftliche Rückhalt entscheidende Bedeutung erhalten. Für unpolitische Organisationen besteht die Schwierigkeit jedoch darin, dass

die Forderung nach einer Militärreform eine politische ist und die Auffassung überwiegt, dies sei keine Angelegenheit von Menschenrechtlern und anderen Bürgerorganisationen.

Um dieses Problem zu überwinden, muss die gesellschaftliche Bedeutung der Militärreform genauer bestimmt und der Weg zu einer gemeinsamen Erörterung mit den politischen Vereinigungen besprochen werden. Man kann nur hoffen, dass diese Aufgaben im Verlaufe der Allrussischen demokratischen Versammlung – einem Runden Tisch der politischen Parteien und der nichtpolitischen gesellschaftlichen Vereinigungen – gelöst werden. Zurzeit werden die Positionen der Teilnehmer bezüglich der Militärreform vorläufig miteinander abgestimmt. Wenn es gelingt, einen Beschluss auszuarbeiten und zu verabschieden, der für ein breites Spektrum von Vereinigungen mit demokratischer Ausrichtung akzeptabel ist, dann könnte er zur Basis für eine groß angelegte Kampagne zur Unterstützung einer Militärreform werden.

Anzumerken ist jedoch, dass zwischen jenen politischen Parteien, die Initiativen für eine Militärreform öffentlich gemacht haben, keine völlige Übereinstimmung über den richtigen Weg bei einer solchen Reform herrscht. Den radikalsten Ansatz vertritt die Partei „Jabloko“. Sie will den Wechsel hin zum Abschluss von Freiwilligenverträgen für den Aufwuchs der Streitkräfte mit der vollständigen Abschaffung der Wehrpflicht verbinden. Die Partei der Rechten Kräfte (SPS) ist dagegen der Ansicht, dass nur die regulären Truppen durch Kontraktfreiwillige vervollständigt werden sollen, das heißt jene Einheiten, die im Bedarfsfall an bewaffneten Auseinandersetzungen teilnehmen. Die SPS schlägt vor, eine Wehrpflicht von 6 bis 8 Monaten beizubehalten, die ausschließlich zur Ausbildung einer militärisch qualifizierten Reserve dienen soll. Es ist offenkundig, dass bei der ersten Lösung zusammen mit der Wehrpflicht auch der Zivildienst abgeschafft werden würde, im zweiten Fall dagegen würde er gewahrt.

Zugleich schätzen beide Parteien – auf der Grundlage von Berechnungen ihrer Experten – die Kosten für eine Änderung des Prinzips des Streitkräfteaufwuchses sehr ähnlich ein und widersprechen zugleich entschieden der von Vertretern des Verteidigungsministeriums geäußerten Meinung, dass diese Kosten unverhältnismäßig hoch seien und der russische Staatshaushalt sie nicht bewältigen könne.

Es ist heute sehr schwer zu prognostizieren, welchen Verlauf die Militärreform nehmen und ob sie überhaupt in Angriff genommen werden wird. Offensichtlich ist allerdings, dass genau dies sowohl über das Schicksal des Zivildienstes in Russland wie auch über die Aufgaben entscheiden wird, vor denen künftig alle jene stehen werden, die die Einführung eines alternativen Zivildienstes befürworten.

Statement Winfried Nachtwei

Winfried Nachtwei ist Bundestagsabgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seit 1994; Stellv. Fraktionsvorsitzender und Sicherheitspolitischer Sprecher; Mitglied des Verteidigungsausschusses und der OSZE-Parlamentarierversammlung; seit 2002 Politischer Koordinator des Arbeitskreises IV (Internationale Politik und Menschenrechte) des Bundestages. Herr Nachtwei war Gründungsmitglied der Grünen in Münster und ist in der Friedensbewegung aktiv seit 1980; er war u. a. langjährig friedenspolitischer Sprecher der Grünen in Nordrhein-Westfalen. Nachfolgend dokumentieren wir den leicht gekürzten Tonband-mitschnitt seines Vortrages.

Wehrpflicht oder Berufsarmee in Deutschland?

Ich möchte zunächst zu meiner Vorstellung eine kleine Ergänzung machen: Ich bin, glaube ich, einer der relativ wenigen GRÜNEN, die früher selbst beim Militär waren – das war in den sechziger Jahren. Damals habe ich eine interessante und ernüchternde Erfahrung gemacht: Als ich von der Bundeswehr an die Universität kam, gewann ich den Eindruck, dass ich bei der Bundeswehr mehr an Rechten hatte, als an der Uni, der damals sogenannten Ordinariuniversität – vor ihrer Herausforderung durch die 68er-Bewegung. Und noch eine zweite Erfahrung: Als ich 1994 als sehr aktiver Friedensbewegter, erfahren in Sitzblockaden³ vor Militäreinrichtungen usw., in den Verteidigungsausschuss kam, hatte ich es nun mit den ranghöchsten Generälen zu tun, und für diese war von vorneherein klar: Egal, woher ich kam, woher *wir* kamen – der Primat der Politik wurde anstandslos geachtet und auch glaubwürdig respektiert, und dies ist nach meiner Erfahrung bis heute so geblieben.

Ich möchte im Rahmen meines Themas „Wehrpflicht oder Berufsarmee in Deutschland“ zu folgenden Punkten Stellung nehmen:

1. Zum europäischen Kontext der Situation in Deutschland
2. Zur Position der GRÜNEN zur Frage der Wehrpflicht
3. Zu den wichtigsten Gegenargumenten
4. Zur gegenwärtigen Situation und ihren Perspektiven

³ Sitzblockaden vor Militäreinrichtungen waren bei der deutschen Friedensbewegung der 80er Jahre ein beliebtes Mittel des zivilen Ungehorsams, dessen rechtlicher Status umstritten war: Was die eine Seite als gewaltlosen Widerstand auffasste, wurde von Seiten des Staates als Straftatbestand der Nötigung gewertet (A.d.R.)

1. Europäischer Kontext

Zumindest im Bereich der NATO ist der Trend seit den 90er Jahren ganz eindeutig von Armeen mit Wehrpflicht hin zu Freiwilligen- bzw. Berufsarmeen. Das ist verbunden mit Militärreformen, die auf Flexibilisierung setzen, auf Professionalisierung und sog. Krisenfähigkeit.

Die Bundesrepublik ist inzwischen einer der letzten Staaten der NATO, die noch an der Wehrpflicht festhalten. In den letzten Jahren wurde die Wehrpflicht gestützt von einer großen Koalition in der Politik, die von der CDU/CSU über SPD bis zur FDP reichte; bei der FDP ist der Positionswechsel zugunsten der Wehrpflicht ungefähr vor zwei Jahren erfolgt. Die Koalition wurde darüber hinaus gestützt von einer sehr massiven Haltung der ganzen militärischen Führung, wo Generäle sogar sagten: Wenn die Wehrpflicht abgeschafft würde, möchten sie in einer solchen Armee nicht mehr länger dienen, weil sie meinten, eine Freiwilligenarmee wäre – ja, wie soll man sagen – *zu militaristisch*.

Die reale Entwicklung der Wehrpflicht seit den 80er/90er Jahren hat sich im Grunde schon entfernt von einer allgemeinen Wehrpflicht hin zu einer allgemeinen *Dienstpflicht* für junge Männer, weil nämlich der Anteil der Kriegsdienstverweigerer und der Zivildienstleistenden an den jeweiligen Jahrgängen immer mehr zunahm auf heutzutage ungefähr ein Drittel eines Jahrgangs. Mit dem schriftlichen Anerkennungsverfahren für den Zivildienst gab es auch so eine Art Wahlfreiheit zwischen den Diensten; Kompaniechefs der Bundeswehr sprechen deshalb auch manchmal von „meinen freiwilligen Wehrpflichtigen“. Da ist also zumindest schon mehr Freiwilligkeit im Spiel, wenn auch im Rahmen einer – wie schon gesagt – allgemeinen Dienstpflicht für Männer.

Auch in der Gesellschaft ist eine enorme Veränderung eingetreten, insofern sie inzwischen die Zivildienstleistenden, die Kriegsdienstverweigerer im Grunde genauso, zum Teil sogar mehr anerkennt, als die Wehrdienstleistenden; das, was Zivildienstleistenden früher oft vorgeworfen wurde: sie seien Drückeberger, hört man inzwischen fast gar nicht mehr.

Ein letzter Aspekt der realen Entwicklung: Wir haben eine faktische Reduzierung der Wehrpflicht seit mehreren Jahren, und zwar einmal was die Länge der Dienstzeit betrifft – inzwischen nur noch 9 Monate – und zweitens eine Reduzierung insofern, als immer weniger junge Männer eingezogen werden. Diese Entwicklung setzt sich in Zukunft fort.

2. Die Position der GRÜNEN zur Frage der Wehrpflicht

Die GRÜNEN waren aus grundrechtlichen Erwägungen von Anfang an gegen den Zwangsdienst der Wehrpflicht. Diese Position hat sich seit den 90er Jahren noch stärker politisiert, und zwar unter folgendem Gesichtspunkt: Die Wehrpflicht ist der massivste Eingriff in die Grundrechte junger Männer; der Staat hat darauf niemals ein grundsätzliches Anrecht; wenn er diesen Anspruch dennoch erhebt, muss er sicherheitspolitisch begründet werden, mehr noch, er muss als *unverzichtbar* und unbedingt notwendig begründet werden. Eben dies ist nach unserer Auffassung seit längerem nicht mehr möglich, denn die Wehrpflicht ist de facto ein Rekrutierungsinstrument für große Armeen, für Massenheere sozusagen. Solche sind nur notwendig, wo ein „großer Verteidigungsfall“ möglich sein könnte. Dies ist Gott sei Dank seit Beginn der 90er Jahre auf absehbare Zeit nicht mehr gegeben. Eine potentielle große Bedrohung kann nicht binnen kurzer Zeit wiedererstehen, sondern braucht einige Jahre. Es hat sich zudem inzwischen eine Auftragsverschiebung ergeben, nicht nur für die Bundeswehr, sondern ebenso für die Streitkräfte der verschiedensten Staaten, nämlich die Teilnahme an Krisenbewältigung im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen, und dafür sind ausdrücklich nur freiwillige Soldaten einsetzbar und nicht Wehrpflichtige.

Zusammengefasst: Der Grundrechtseingriff der Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht mehr legitimierbar, er ist darüber hinaus den Betroffenen in keiner Weise mehr plausibel zu machen, und das zeigen Jahr für Jahr z.B. die Berichte der Jugendoffiziere der Bundeswehr, die einen sehr guten Überblick über die Situation in den Schulen, bei den jungen Leuten haben; sie sagen sehr deutlich, dass es der Politik immer weniger gelingt, die Legitimation der Wehrpflicht auch nur ansatzweise zu vermitteln.

Ein weiteres starkes Argument, das immer wichtiger wird, bezieht sich auf den Grundsatz der *Wehrgerechtigkeit*: Ein immer kleinerer Teil eines Jahrgangs wird zum Wehrdienst eingezogen, und wenn die Bundeswehr weiter reduziert wird, bedeutet das in einigen Jahren, dass weniger als ein Drittel eines Jahrgangs überhaupt zur Bundeswehr eingezogen wird. Dazu kommt das Problem, dass bisher alle jungen Männer, die den Kriegsdienst verweigert haben, zum Zivildienst eingezogen wurden, während von denjenigen, die für den Wehrdienst zur Verfügung stehen, längst nicht alle eingezogen werden – also auch da kommt die Frage der Dienst-Ungerechtigkeit auf, die sich ebenfalls mit der weiteren Reduzierung zuspitzen wird.

Schließlich das letzte entscheidende Argument gegen die Wehrpflicht und für die Umstellung auf eine Freiwilligenarmee: Die Wehrpflicht wird immer mehr zu einem *Modernisierungshindernis*, und zwar aus folgenden Gründen: Es gibt – angesichts der Haushaltslage, aber auch der allgemeinen politischen Verhältnisse - auf keinen Fall zusätzliches Geld für den Wehretat, sondern eher weniger. Andererseits gibt es die Notwendigkeit, die Einsätze in Bosnien, im Kosovo, in Kabul weiterzuführen – alleine

das zu schaffen, bedeutet eine enorme Kraftanstrengung. Es gibt die Notwendigkeit einer technischen Modernisierung. Dies alles ist auf der Basis der bestehenden Strukturen nicht zu machen, sondern nur, wenn man die „Kopfstärke“, d.h. vor allem die Zahl der Wehrpflichtigen reduziert. Man muss bedenken: die Bundeswehr hat zur Zeit 290.000 Soldaten, davon sind 110.000 – die Wehrpflichtigen und deren Ausbildungspersonal – für die eigentlichen und neuen Bundeswehraufgaben blockiert.

3. Gegenargumente

Das erste Argument für die Erhaltung der Wehrpflicht lautet, dass diese immer noch am besten den Nachwuchs gewährleiste, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Das ist ein nicht unwesentliches Argument, wie ich finde.

Zweitens gewährleiste die Wehrpflicht eine bessere Integration der Armee in die Gesellschaft.

Drittens bewirke sie, dass die Armee im Kopf beweglicher, offener und intelligenter sei.

Und schließlich ein Argument, das eher hinter vorgehaltener Hand zu hören ist, dass nämlich, wenn die Wehrpflicht fallen würde, auch der Zivildienst fallen würde und dadurch erhebliche Probleme für unser Sozialsystem entstünden.

4. Die gegenwärtige Situation und Perspektiven

Wir stellen einen eindeutigen Stimmungsumschwung fest, und zwar auch bei Militärs, bei Offizieren, die selbst auf dem Balkan eingesetzt waren. Das Kernargument, dass die Wehrpflicht ein Modernisierungshindernis sei, wird von immer mehr Militärs geteilt. Dies war dann auch ein wesentlicher Aspekt in den Koalitionsverhandlungen [zwischen SPD und GRÜNEN nach der Bundestagswahl 2002], bei denen ich das Vergnügen hatte dabeizusein; es ist uns, den GRÜNEN dabei gelungen, das, was bisher ein regelrechtes Dogma war, nämlich das Dogma der Wehrpflicht, aufzuheben. Es wurde vereinbart, die laufende Reform entsprechend zu intensivieren in Richtung der Empfehlungen der sogenannten Weizsäcker-Kommission, d.h. konkret in Richtung einer Mannstärke von 240.000 Soldaten, damit verbunden eine Auswahlwehrpflicht von nur noch 30.000 Wehrpflichtigen, die zugleich besser dotiert wären. In ca. 2-3 Jahren soll dann die Wehrverfassung überhaupt überprüft werden.

Das ist ein Kompromiss, der es einerseits der SPD erlaubt zu sagen: ‚Wir halten an der Wehrpflicht fest‘ und von den GRÜNEN als ‚Einstieg in den Ausstieg‘ aus der Wehrpflicht gewertet werden kann. Aber wenn man diesen Kompromiss zusammennimmt mit den realen Dynamiken dieser Jahre, bin ich mir sicher, wohin der Weg letztlich gehen wird. Die Hauptaufgaben auf diesem Weg sind folgende: Dass wir, die wir die Freiwilligenarmee anstreben, ein Interesse daran zeigen müssen, dass

es eine qualitativ gute Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr gibt – das ist aus allgemeinen demokratischen und friedenspolitischen Gründen notwendig. Zweitens, dass die Integration der Streitkräfte in die zivile Gesellschaft gewährleistet werden muss, auch unter den veränderten Bedingungen. Und Drittens müssen wir uns weiter Gedanken machen über die Konversion des Zivildienstes, d.h., wie können wir sozial verträglich aus dem Zivildienst aussteigen; da haben wir in den letzten Monaten schon erhebliche Vorschläge gemacht. Soweit mein Statement. Dankeschön.

Aus dem Publikum: Ich habe eine Nachfrage zur Zukunft des Zivildienstes: Wie wollen Sie den Wegfall des Zivildienstes kompensieren? Ich gehe nicht davon aus, dass die Jugendlichen in Scharen dem Freiwilligen Sozialen Jahr zulaufen werden. Rechnen Sie mit der Möglichkeit, die Zivildienststellen durch Einstellungen im Niedriglohnbereich zu ersetzen?

Nachtwei: Die bisherigen Gespräche haben folgende Lösungsansätze ergeben:

Erstens müsste das Geld, das bisher vom Staat schon in den Zivildienst hineingesteckt wird – das sind ungefähr eine Milliarde Euro – im Einsatzgebiet des bisherigen Zivildienstes verbleiben. Darüber könnten dann in der Tat zahlreiche Teilzeit- und Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden. Es geht dabei nicht darum, eins zu eins zu ersetzen, denn ein Zivildienstleistender, der nur 10 Monate Dienst leistet, ist in der Regel nur kurz angelehrt, bringt also relativ weniger Leistung als eine richtig ausgebildete Person.

Zweitens bedarf es einer weiteren Beförderung verschiedener Freiwilligendienste. Zu Ihrem Einwand, die Jugendlichen würden wohl kaum in großer Zahl freiwillige Dienste leisten: Zunächst ist hier die Erfahrung der letzten Jahre bemerkenswert, dass sich beim Freiwilligen Sozialen Jahr regelmäßig *dreimal* mehr junge Bewerber gemeldet haben, als Plätze zur Verfügung standen.

Ferner muss man bedenken, dass nach der Schulzeit bei vielen Jugendlichen ein starkes Orientierungsbedürfnis besteht, dem solche Dienste entgegenkommen. Wenn diese Dienste dazu auch noch auf dem weiteren beruflichen Lebensweg wirkliche Anerkennung finden, dann glauben wir auch, die notwendige Zahl an jungen Leuten gewinnen zu können.

Statement Andrej Jurow

Andrej Jurow ist seit 1988 in der russischen NGO-Bewegung aktiv. Er gründete das Youth Human Rights Movement, eine der wenigen überregional relevanten Jugendorganisationen. Jurows Schwerpunkt liegt bei der Organisation und Durchführung von Aktionen, Kampagnen und Trainings zu den Themen Menschenrechte und Gesellschaftspolitische Bildung. Seit 2001 Mitglied des Beirates der Arbeitsgruppe für Jugend und Sport des Europarates und der Monitoringsgruppe für Gesellschaftspolitische Bildung.

Die Beteiligung der Jugend an Bürgerinitiativen in Russland**Die Freiwilligenarbeit**

1. Was ist Freiwilligenarbeit?
2. Hängt die Freiwilligenarbeit von äußerer finanzieller Unterstützung ab?
3. Institutionelle Unterstützung oder Initiative von unten?
4. Die Freiwilligenarbeit: Nichtkommerzielle Organisationen (NGO) und informelle Initiativen. Aktuelle Probleme der NGO.
5. Probleme des Generationswechsels in den NGO und den Bürgerrechtsorganisationen.

1. Was ist Freiwilligenarbeit unter den Bedingungen in Russland?

In Russland kann man die Freiwilligen grob in zwei Grundtypen einteilen:

1) „Die freiwilligen Freiwilligen“, die bereit sind, etwas Nützliches zu tun. Genau auf diesem Prinzip beruht die Arbeit der Freiwilligenzentren sowie der Freiwilligenagenturen in den NGO-Unterstützungszentren, zu denen Leute kommen, die gern („überhaupt“) etwas tun würden oder jemandem helfen möchten. Ihnen wird gesagt: Diese NGO benötigt helfende Hände oder jener Kindergarten usw. Das heißt, ihnen wird ein Platz vermittelt, auf den sie ihre Energie richten können, wenn sie die Zeit und den Wunsch haben, etwas Wohltätiges und Gutes zu tun. Das Schlüsselwort hierbei ist die „gute Sache“.

2) „Die berufsmäßigen Freiwilligen“ aus zivilgesellschaftlichem Engagement heraus. Sie sind vielleicht nicht immer in der Lage, genau zu beschreiben, was sie tun, doch sie haben *ihre Initiativen, ihren Blick* auf die Welt, *ihre Prinzipien*. Manchmal sind sie lediglich bereit, an großen Aktionen oder Kampagnen teilzunehmen, um gesellschaftliche Interessen zu verteidigen. Manchmal aber auch – viel und lange zu arbeiten. Dies sind engagierte Bürger, Menschen mit einer aktiven sozialen Position.

Sie arbeiten unentgeltlich, doch ziemlich kontinuierlich und oft sehr professionell. Und sie unterscheiden sich deutlich von jenen, die nur für einige Wochen kommen, um bei irgendetwas zu helfen oder sich an einer einmaligen Aktion zu beteiligen.

Die erste Gruppe sind Jugendliche, die man an die Sozialarbeit heranführen und dazu bringen kann, „gute Dinge“ zu machen.

Die zweite Gruppe sind zivilgesellschaftlich Engagierte, die einer „Idee“ wegen kommen und um der Veränderung dieser Welt willen teilnehmen (so pathetisch das auch klingt).

Wir, die Jugendbürgerrechtsbewegung (MPD), haben meist mit der zweiten Gruppe zu tun – mit der „Elite“, der Gemeinschaft junger Zivilgesellschaftler, die recht kontinuierlich tätig ist. Oft arbeiten diese Leute monate- und jahrelang als Freiwillige.

2. Hängt die Freiwilligenarbeit von äußerer finanzieller Unterstützung ab?

Das Thema „Freiwilligenarbeit und Finanzen“ scheint seltsam, schließlich ist die Freiwilligenarbeit eine freiwillige und unentgeltliche Tätigkeit. Dennoch ist diese Arbeit natürlich von materiellen Ressourcen ziemlich stark abhängig.

Unter Bezug auf die beiden Typen von Freiwilligen kann man diese Ausgaben in drei Sphären aufteilen: Sie entstehen durch

1) alles, was die „innere PR-Arbeit“ betrifft. Für einen Freiwilligen ist es oft sehr wichtig, in einer stabilen Struktur zu arbeiten, die alle Attribute einer „guten“ Organisation aufzuweisen hat – schöne Plakate, Broschüren, T-Shirts, Abzeichen usw. Es ist nicht das Wichtigste, aber für Jugendliche ist es sehr bedeutsam. Damit wird „Zugehörigkeit“ hergestellt. Die Menschen wollen zu einer bekannten, stabilen Struktur gehören, die „gute Dinge“ macht, und die über irgendwelche Erkennungszeichen verfügt. Oft sind die nicht gerade billig.

2) die „äußere PR-Arbeit“ – für die Bekanntmachung und Förderung der Idee der Freiwilligenarbeit sowie für die Schaffung einer Informationsbasis für diese Arbeit und das Image der Organisation, in der die Freiwilligen tätig sind – damit ihre Bekannten und Verwandten wissen, dass sie in einer guten und bekannten Organisation arbeiten.

3) Die Freiwilligen brauchen Menschen, die nur für sie zuständig sind – spezielle Koordinatoren der Freiwilligenprogramme. Oft ist das nicht nur ein Mensch (und selbst, wenn es mehrere sind, bleibt ihnen oft keine Zeit, sich außerdem anderen Dingen zu widmen). Die Freiwilligen benötigen ständigen Kontakt, kontinuierliche Aufmerksamkeit, sie brauchen Erfahrung, die Chance zur Persönlichkeitsentwicklung, „Erzieher“ und ältere Freunde... Dies ist eine ernsthafte, professionelle Aufgabe, die wohl schon mehr Ansprüche stellt, als durch die Arbeit Freiwilliger abgesichert werden kann.

Die nächsten beiden Thesen beziehen sich eher auf die zweite Kategorie von Freiwilligen – die zivilgesellschaftlich Engagierten

4) Die Freiwilligen benötigen Mittel zur Verwirklichung ihrer eigenen Initiativen. Das heißt, die Leute kommen oft mit Initiativen, die nicht sehr teuer sind, aber dennoch materielle Unterstützung erfordern. In ihnen drückt sich ihr sozialer Schöpfergeist aus, findet ihre Selbstverwirklichung einen Weg, und Organisationen, die nicht in der Lage sind, dabei Hilfe zu leisten, wird es schwer fallen, tatsächlich initiativreiche und schöpferische Menschen anzuziehen und zu halten.

5) Die zivilgesellschaftlich Engagierten brauchen anspruchsvolle Entwicklungsprogramme: Trainings, Bildungsreisen, Praktika zum Erfahrungsaustausch usw. – ein ganzes System, das ziemlich viel kostet. Allerdings wird es nur für ständige Freiwillige gebraucht, für die, die langfristig und ernsthaft mitarbeiten. Für sie braucht man die Entwicklungsprogramme aber fast unbedingt. Andernfalls werden wir sie niemals vereinen können, sie werden nie voneinander erfahren, und ihre Professionalität wird nie wachsen. Das betrifft in besonderer Weise überregionale Organisationen. Bereits wenn eine Struktur auf einem zumindest regionalen Netz beruht, wird eine solche Arbeit höchst aufwendig.

Man könnte alle Bedürfnisse von Freiwilligen mit dem Standardschema nach der „Bedürfnispyramide“ von Maslow erklären: die physiologischen Bedürfnisse, das Sicherheitsbedürfnis, das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer (sozialen) Gruppe, das Bedürfnis nach Anerkennung und schließlich das nach Selbstverwirklichung.

Und für alle diese benötigt man gewisse Mittel.

3. Institutionelle Unterstützung oder Initiative von unten?

Zur institutionellen Unterstützung: Im Westen ist es mitunter eine „Mode“, als Freiwillige zu arbeiten, darüber hinaus verfügen sie über einen besonderen Status. In Russland dagegen ist es beispielsweise unmöglich, für einen Freiwilligen ein Arbeitsbuch zu führen, und es ist auch unmöglich, seine Arbeit nach dem Arbeitsgesetzbuch einzuordnen. Damit gehört die Beziehung zu dem Freiwilligen juristisch weder zum Zivilrecht noch zum Arbeitsrecht. Es ist so, als wäre er nirgendwo tätig. Der Freiwillige, ein Mensch, der ungeheuer viel Zeit und Kraft aufwendet, wird auf diese Weise zu jemandem, der nicht arbeitet. Sein Einsatz kann in keiner Weise in offiziellen Papieren dokumentiert werden – mit Ausnahme irgendwelcher Dankesbriefe oder –Urkunden. Das ist sicher ein Problem.

Brauchen die Freiwilligen unmittelbare Hilfe von der Regierung? Wenn wir in unserem Land die Entwicklung einer massenhaften Freiwilligenbewegung erreichen wollen – ja. Wenigstens bezüglich des „Status“. Denkbar wäre auch eine organisatorische Unterstützung der Freiwilligenprogramme sowie eine Hilfe durch Ressourcen. Beides

könnte die Arbeit von Freiwilligen der ersten Kategorie zu einer Massenerscheinung werden lassen.

Bezüglich der zweiten Kategorie ist es schwieriger. Wenn beispielsweise jede, um die Unterstützung zu erhalten, ein Verzeichnis ihrer Freiwilligen mit Familiennamen und Kontaktadressen einreichen müsste, wäre das für die Bürgerrechtsorganisationen eine Bedrohung. Nicht alle sind bereit, ihre Nachnamen anzugeben – viele Freiwillige arbeiten auf Feldern wie dem Antifaschismus oder der Ökologie, und für sie könnte es wirklich gefährlich sein. Großartig wäre es, wenn die Hilfe einen weniger formalen Charakter haben könnte, doch das kann man sich in unserem Land nur schwer vorstellen...

Möglicherweise könnte die Unterstützung über eine unabhängige nichtkommerzielle Struktur abgewickelt werden, die den jeweils erforderlichen Hilfsbedarf einschätzen kann. Das wäre gut, ist aber bislang kaum vorstellbar.

Wichtig wäre außerdem die moralische Unterstützung, das heißt die Akzeptanz, Förderung und Stimulierung der Freiwilligenidee auf nationaler Ebene. Doch dazu ist unser Staat, meiner Meinung nach, bislang prinzipiell unfähig.

4. Die Freiwilligenarbeit: Nichtregierungsorganisationen (NGO) und informelle Initiativen. Aktuelle Probleme der NGO.

Hier sollen die alternativen Arbeitsmöglichkeiten außerhalb der NGO und die Probleme, vor denen die NGO heute stehen, angerissen werden.

Ein Großteil der Freiwilligen aus der „ersten Kategorie“ ist im sozialen Sektor beschäftigt. Im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements können sich dagegen viele Initiativen nur unter recht informellen Bedingungen – etwa Gemeinschaften und Netzwerken – entwickeln. Dies erfordert besondere Programme seitens der NGO, die nicht auf die Einbindung von Freiwilligen in die NGO angelegt sind (was oft abschreckend wirkt), sondern auf die Unterstützung ihrer Initiativen. Ein Beispiel dafür ist unter letztes Projekt „Held unserer Zeit“: Wir jagen nie jemanden irgendwohin oder rufen ihn, sondern wird stellen lediglich einen Raum für die Kommunikation und die schöpferische Arbeit bereit und sorgen für seinen Unterhalt. Ständig suchen wir alternative Arbeitsformen, zuweilen auch solche, die von den traditionellen Formen der NGO-Tätigkeit ziemlich weit abweichen.

Nun noch einige Worte zu den Problemen, vor denen sich die NGO derzeit sehen. Schließlich unterstützen gerade die NGO wesentlich die Freiwilligenarbeit. Jedoch durchlaufen die NGO, meiner Ansicht nach, zurzeit eine ziemlich ernsthafte Krise – ungeachtet dessen, dass sie äußerlich zu blühen scheinen. Diese Krise ist eine politische, eine der Selbstdefinition, eine des Fundraisings usw.

Als Reaktion auf diese Krisenerscheinungen sehe ich gegenwärtig im nicht-kommerziellen Sektor drei Tendenzen:

- 1) Die „Marginalisierung“: Viele NGO, die der Konkurrenz (unter anderem beim Fundraising) nicht standhalten, verwandeln sich in kleine soziale Gruppen (Manchmal ist das sogar gut, da sie in dieser Form oft recht lange leben und sich mit sehr nützlichen Angelegenheiten befassen. Doch ihre Arbeit ist lokal eng begrenzt und oft nicht sehr effektiv.)
- 2) Die „Verstaatlichung“: Viele NGO binden sich an staatliche Strukturen wie die Komitees für Jugendangelegenheiten, die Komitees für Sozialen Schutz der Bevölkerung oder für Nationalitätenpolitik usw., indem sie von dort Geld und andere Mittel erhalten. Damit sind sie nicht mehr unabhängige NGO, sondern werden zu Kanälen der Staatspolitik (für die sozialen NGOs und ihre Programme ist das ist keineswegs schlecht, für die Entwicklung von Bürgerinitiativen aber ist es traurig).
- 3) Eine „Stärkung“ durch die Vereinigung in Assoziationen, Netzwerken oder Koalitionen – anders überleben die NGO einfach nicht (auch dies kann ein positiver Prozess sein, der jedoch zuweilen riesige Organisationen, ja „Monster“, hervorbringt, die vom Image der großen Struktur leben und sich wenig um regionale Belange kümmern).

Alle diese Tendenzen sind, für sich genommen, weder gut noch schlecht und enthalten das eine wie das andere. Man muss dies nur bei jeglichen strategischen Planungen für eine Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Institute in Russland berücksichtigen. Das gilt auch, wenn man über die Entwicklung der Freiwilligenarbeit nachdenkt.

Was die MPD betrifft, so sind auch bei uns alle drei dieser Tendenzen sichtbar: Es gibt Gruppen, die der Regierung sehr nahe stehen, es gibt völlig marginalisierte Gruppen (etwa die linken Antifaschisten, die sich niemals mit irgendwem vereinen werden, aber Kontakt zu unserem Netzwerk halten), und es gibt das Netzwerk selbst, das schon an sich eine Form der Stärkung darstellt (viele Organisationen könnten allein keine Aktionen, Kampagnen usw. durchführen, indem sie aber dem Netzwerk beitreten, erhalten sie diese Möglichkeit und zusätzlich den Beistand aller übrigen, wobei sie selbst völlig unabhängig bleiben).

5. Probleme des Generationswechsels in den NGO und den Menschenrechtsorganisationen

Das Letzte, worüber ich sprechen möchte, ist das Problem des Generationswechsels im NGO-Sektor.

Man kann die Leute, die derzeit in die NGOs kommen, in drei Gruppen einteilen.

1) Junge Fachleute wie etwa Juristen, Journalisten, Soziologen, Psychologen usw. Das sind Menschen, die ausdrücklich als Spezialisten für irgendeinen Bereich in eine NGO gelangen und dort bleiben, nachdem sie vielleicht erst als Freiwillige tätig waren. Sie lockt vor allem die berufliche Selbstverwirklichung. Oft sind das sehr gute Fachleute, doch das Feld der Bürgerinitiativen interessiert sie nicht sehr, und die Ideologie hat für sie keine Bedeutung. Für sie ist die NGO eine Organisation, die vielleicht nicht sehr viel zahlt, die aber ihre Vorzüge hat und in der sie selbst als gute Fachleute arbeiten können.

2) Junge Manager (ohne entsprechende Ausbildung): Sie kommen und sind sofort in der Lage, eine Entwicklung zu lenken, ein Programm zu koordinieren, mit Leuten zu arbeiten usw. Ihnen ist - wie auch der ersten Gruppe - die NGO eher als professionelle Struktur („nichtkommerzielle Firma“) wichtig denn als Organisation mit einer aktiven zivilgesellschaftlichen Position, die bereit ist, viel zu riskieren und möglicherweise in Konflikt mit der Regierung zu geraten.

3) Junge Aktivisten/Idealisten: Das sind die, die am häufigsten ausdrücklich als Freiwillige kommen und lange Zeit in diesem Status bleiben. Es sind die, die einer Idee wegen kommen - sie „brauchen“ diese Arbeit mehr als alle anderen; die Form, der berufliche Aufstieg und die Karriere sind ihnen egal. Sie wollen etwas ändern in dieser Welt. Doch gerade diese Gruppe erhält oft nicht die nötige Unterstützung etwa seitens der älteren Generation. Die freut sich, wenn Manager oder Spezialisten kommen und versteht nicht, dass die wichtigste Linie - die zivilgesellschaftliche, ideologische - niemand außer der dritten Gruppe fortsetzen wird. Und oft genug wird diese Gruppe im täglichen Umgang am stärksten ausgenutzt. Sie wird als kostenlose Arbeitskraft verstanden, die man bei den verschiedensten Anlässen einsetzen kann, und zugleich ist sie unter den Freiwilligen die zahlenmäßig größte Gruppe: so heißt es: „gehen die einen, kommen andere...“

Sollten wir unser Herangehen an diese Situation und unser Verhältnis zu den drei Gruppen von Menschen, die neu in die NGOs kommen, nicht ändern, so könnten wir in einigen Jahren einen Dritten Sektor bekommen, der voll ist von Anhängseln der staatlichen Strukturen oder von guten „nichtkommerziellen Firmen“.

Deshalb müssen wir alle diese Besonderheiten in der Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Russland berücksichtigen und neue Ansätze und Ideen suchen.

Statement Jan Gildemeister

Zivildienst in den 80er Jahren,
1984- 1987 aktiv bei verschiedenen
Friedensgruppen (Pax Christi,
Ohne Rüstung Leben).
Studium der Politikwissenschaften in
Marburg und Berlin (Diplom 1991).
Seit Juli 2000 Geschäftsführer
der Aktionsgemeinschaft Dienste für
den Frieden (AGDF) in Bonn,
ein Zusammenschluß von 35
Organisationen in der für
Friedensarbeit.

Freiwilligendienste im friedenspolitischen Diskurs in Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,
über die Einladung zu dieser Tagung habe ich mich sehr gefreut, weil Sie mir die
Gelegenheit gibt, einen weiteren Ausschnitt der bunten Landschaft internationaler
Zusammenarbeit auf gesellschaftlicher Ebene kennenzulernen. Als Geschäftsführer
der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, einem christlichen Dachverband von
zur Zeit 35 Friedensorganisationen – darunter 13 Trägern von Freiwilligendiensten -
ist es für mich wichtig, den Bezug zu der Basis zu behalten, deren Interessen ich
gegenüber Staat, Kirche und Gesellschaft vertrete.

Als mir Jan Köttner das Thema meines Referates nannte, wusste ich, dass ich das
Referat nicht aus dem Ärmel schütteln kann. Recht schnell wurde mir zudem klar,
dass ich über etwas reden soll, was so kaum existiert. Aber dazu später.

Ehe ich zu meinem eigentlichen Thema komme, möchte ich zunächst Begrifflichkeiten
klären und die allgemeine gesellschaftspolitische Diskussion zu Freiwilligendiensten in
Deutschland skizzieren.

1. Was zeichnet internationale Freiwilligendienste junger Menschen aus?

Freiwilligendienste *definiere* ich aus deutscher Sicht als organisierte Form von
Freiwilligenarbeit bzw. ehrenamtlicher Tätigkeit. Längerfristige Freiwilligendienste
werden in der Regel über sechs bis 24 Monate ganztägig in gemeinnützigen Projekten
geleistet. Die Arbeit erfordert dabei nicht ein bestimmtes Fachwissen und dient nicht
dem Gelderwerb oder primär dem beruflichen Fortkommen, sondern hat den
Charakter eines Lerndienstes. Wesentliches weiteres Merkmal eines solchen Dienstes
ist die pädagogische Vorbereitung und Begleitung der Freiwilligen.

Am bekanntesten sind in Deutschland das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr, in denen jährlich mehrere tausend junge Menschen bis zu einem Alter von 27 Jahren einen Dienst absolvieren. Weiter gibt es als Teil der Programmes Jugend der EU den europäischen Freiwilligendienst. Neben diesen gesetzlich oder in Richtlinien geregelten Dienstformen gibt es eine Vielzahl von Angeboten auch für Berufstätige und ältere Menschen, die nicht den Vorteilen und Restriktionen der genannten Dienste unterliegen. Eine Besonderheit möchte ich noch erwähnen: Anerkannte Kriegsdienstverweigerer können anstelle eines Zivildienstes ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr oder einen sogenannten anderen Dienst im Ausland leisten.

Im folgenden beziehe ich mich nur noch auf die internationalen Freiwilligendienste junger Menschen. Damit meine ich Dienste, die junge Menschen aus Deutschland im Ausland leisten oder die junge Menschen aus anderen Ländern in Deutschland leisten.

2. Welche Erwartungen gibt es an internationale Freiwilligendienste?

Mein Thema ist es, die Rolle der Freiwilligendienste im friedenspolitischen Diskurs in Deutschland nachzuzeichnen. Zunächst habe ich mir die Frage gestellt, wen diese Dienste überhaupt interessieren und was diese Gruppen von Freiwilligendiensten erwarten.

Da sind zunächst die *jungen Menschen* selber, wobei ich mich auf die Deutschen beschränke, die sich für einen Dienst im Ausland interessieren. Nach der neuesten sozialwissenschaftlichen Shell-Studie planen die meisten jungen Menschen pragmatisch ihre berufliche Karriere und ihr privates Leben und suchen dabei ihren Spaß. Gesellschaftliche Veränderungen und Ideale sind für sie kein Thema. Freiwilligendienste im Ausland haben für diese Jugendlichen aus zwei Gründen ihren Reiz: Sie führen einen in fremde Länder und der Auslandsaufenthalt verbunden mit einem sozialen Engagement kann für das berufliche Fortkommen hilfreich sein. Zur Zeit gibt es trotz relativ ungünstiger Bedingungen für diese Dienste weitaus mehr Bewerbungen als Plätze. Allerdings deckt sich das Interesse nicht mit dem Angebot: So sind „exotische“ Länder mehr gefragt, als beispielsweise osteuropäische Länder, die Mitarbeit in friedenspolitischen Projekten findet nur bei einem kleinen Teil der Interessierten Anklang. Die Träger von Freiwilligendiensten in der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden müssen sich daher durch Öffentlichkeitsarbeit dafür einsetzen, dass alle ihre Plätze durch entsprechend geeignete Personen besetzt werden. Da in Deutschland die Zahl junger Menschen in den nächsten Jahrzehnten abnehmen wird, dürfte dies nicht einfacher werden.

Damit bin ich auch schon bei der zweiten Gruppe, den *Trägern* von Freiwilligendiensten, die für junge Deutsche insgesamt über 2.000 Plätze im Ausland anbieten. Es sind vorwiegend kleinere, gemeinnützige Vereine, teilweise auch kirchliche Stellen oder Wohlfahrtsverbände. Sie sind auch für die pädagogische Betreuung verantwortlich. Die meisten verfolgen inhaltliche Ziele mit ihren Freiwilligendiensten: Sie wollen die Verantwortungsbereitschaft und das sozialpolitische Engagement junger Menschen und die Arbeit sinnvoller Projekte fördern. Aus christlicher Sicht formuliert: Es geht ihnen dabei um die Stärkung von Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

Die deutschen Träger arbeiten in der Regel mit gesellschaftlichen *Partnern* im Ausland zusammen, in deren Projekten die Freiwilligen eingesetzt werden. Damit bin ich bei der dritten Gruppe. Für die Partner geht es zunächst darum, ihre Projekte durch die Mitarbeit der Freiwilligen zu stärken und dass die Arbeit geschieht, die ansonsten aufgrund von fehlenden personellen und finanziellen Ressourcen nicht getan werden könnte.

Von der *Politik* als vierter Gruppe – und auch von der Gesellschaft - würde ich mir mehr Aufmerksamkeit für internationale Freiwilligendienste wünschen. Erwartungen gibt es aber durchaus, die je nach Partei verschieden sind. Die regierenden Sozialdemokraten legen besonderen Wert auf den beruflich qualifizierenden Charakter von Freiwilligendiensten. Dabei liegt der Augenmerk mehr auf das FSJ im Inland. Auch sonst dominieren jugend- und sozialpolitische Themen: Trägt das Angebot den – vermuteten – Interessen der jungen Menschen genügend Rechnung und ist damit beispielsweise hinsichtlich der zeitlichen Ausgestaltung genügend attraktiv? Tragen die Freiwilligen dazu bei, Lücken in unseren sozialen Einrichtungen zu füllen? ... Der Wert von interkulturellem Lernen oder von Versöhnung und internationaler Verständigung scheinen mir eher auf dem Papier und bei sog. Sonntagsreden von Bedeutung für die Politik zu sein, aber nicht entscheidungsrelevant.

3. Welche gesellschaftspolitischen Debatten sind für internationale Freiwilligendienste relevant? (Schwerpunkt: friedenspolitischer Diskurs)

Und damit komme ich zu meiner nächsten Frage: Welches sind die gesellschaftspolitischen Debatten, die zum einen für internationale Freiwilligendienste relevant sind und die zum anderen deren Fortentwicklung mit bestimmen.

Winni Nachtwei hat schon einiges zur *Wehrpflicht* gesagt. Die Diskussion ist natürlich auch für Freiwilligendienste von Bedeutung, da es Überlegungen gibt, dass die auf Freiwilligkeit bauenden Dienste Funktionen des Zivildienstes übernehmen. So wird nach der diesjährigen Gesetzesnovellierung ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr eines anerkannten Kriegsdienstverweigerers – im In- oder Ausland

– aus Mitteln des Bundesamtes für den Zivildienst finanziell gefördert. Wichtige politische Kräfte bringen zudem regelmäßig den Vorschlag in die Diskussion, dass bei Wegfall der Wehrpflicht alle jungen Menschen einen Pflichtdienst leisten müssen – was unserer Intention eines friedensorientierten Dienstes zuwiderläuft.

Freiwilligendienste sind natürlich auch in die Diskussionen um die Bedeutung von *ehrenamtlichem* Engagement involviert. In vielen Reden von Politikern wird das Ehrenamt hoch gehalten. Für die internationalen Freiwilligendienste sehe ich allerdings eher die Gefahr, dass in einer breit angelegten Ehrenamtsdebatte ihr spezifischer Charakter und ihr rechtlicher Regelungsbedarf noch weniger in den Blick gerät. Damit zusammen hängen arbeitsmarktpolitische Diskussionen. Hier gewinnen vor allem Freiwilligendienste Berufstätiger an Bedeutung.

Zusammenfassend komme ich zu meiner *ersten These*, dass bei der gesellschaftspolitischen Diskussion in Deutschland die friedenspolitische Bedeutung der Freiwilligendienste nur sehr unzureichend in den Blick genommen wird. Dies lässt sich gut an dem Entstehen der Novellierung des FSJ-Gesetzes erläutern, bei dem die Bedürfnisse und Interessen der Träger internationaler Dienste und ihrer Partner, aber auch die entwicklungs- und außenpolitischer Politiker unter dem Strich keine Bedeutung hatten.

Nun komme ich zu meinem eigentlichen Thema.

Freiwilligendienste als Teil von Krisenprävention und gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu sehen, würde ihre Bedeutung hierfür überschätzen. Sie können m. E. nicht Teil eines Konzeptes sein, wie Militär durch gewaltfreie Alternativen ersetzt werden kann, und sie ersetzen auch nicht die Arbeit qualifizierter Friedensfachkräfte.

Aber für langfristige Veränderungen hin zu einer gerechteren, gewaltärmeren und nachhaltiger lebenden Welt können Freiwilligendienste von Bedeutung sein. Freiwillige, die in Projekten für sozial Ausgegrenzte, zur Aussöhnung und Verständigung, zum Erhalt der natürlichen Umwelt oder zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte tätig waren, haben nicht nur einen sinnvollen, wichtigen Dienst geleistet. Angeregt und begleitet durch Bildungsveranstaltungen und eine kontinuierliche Betreuung werden sie in der Regel auch zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für eine bessere Welt und sind anschließend eher bereit, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Ihr Blick auf die globalisierte Welt hat sich gewandelt, die Situation sozial und politisch Ausgegrenzter ist ihnen wichtiger, sie sind sensibler für interkulturelle Fragen und Fremdenfeindlichkeit geworden. Demokratie sowie die vergleichsweise gut gewährten Menschenrechte in unserem Land sind für sie nicht mehr eine Selbstverständlichkeit. Hierin sehe ich den größten friedenspolitischen Nutzen von Freiwilligendiensten, der von einer Fachöffentlichkeit durchaus gesehen, aber insgesamt doch noch zu wenig wahrgenommen wird.

Daneben sind m. E. noch weitere Aspekte relevant: Die Projekte, in denen die Freiwilligen eingesetzt werden, erhalten dadurch nicht nur praktische Unterstützung – wodurch wiederum zivilgesellschaftliche Friedensstrukturen gestärkt werden –, sondern auch eine höhere Aufmerksamkeit in Deutschland. Häufig ist auch der direkte interkulturelle Kontakt – gerade bei Versöhnungsprojekten – für beide Seiten wichtig.

Die ehemaligen Freiwilligen sind zumeist nicht nur wichtige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, sondern auch Teil der Basis, aus der sich Friedensfachkräfte rekrutieren.

Mein *zweite These* ist daher, dass internationale Freiwilligendienste in der Regel höchstens einen sehr geringen Beitrag dazu leisten können, gewalttätige Konflikte zu verhindern, zu schlichten oder die zerstrittenen Parteien zu versöhnen. Sie sind allerdings ein wichtiger Beitrag in einem langfristig angelegten Prozess zum Abbau von Ungerechtigkeit, Angst und Gewalt.

4. Bewertung und Perspektiven

Zusammengefasst sind internationale Freiwilligendienste eine spezifische Form ehrenamtlichen Engagements. Sie sind zwar kein Baustein zur zivilen Konfliktbearbeitung, aber bei entsprechender pädagogischer Betreuung und sinnvollen Projekten ein friedenspolitischer Beitrag in einer globalisierten Welt.

Der sog. Kampf gegen den Terror, gegen Menschenrechtsverletzungen und anderes Unrecht wird nicht durch militärische Interventionen gewonnen, sondern durch mehr Gerechtigkeit und die Förderung gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Der Beitrag starker Zivilgesellschaften und kritischer, engagierter Menschen für eine friedlichere Welt kann nicht unterschätzt werden. Dies ist auch vielen Regierungen deutlich geworden. So fördert der deutsche Staat Initiativen für Demokratie, Toleranz und gegen Rassismus in Deutschland sowie Projekte, die zivilgesellschaftliche Friedenskräfte in Krisenregionen unterstützen.

Eine aktuelle Aufgabe für die AGDF und andere ist es, den Stellenwert internationaler Freiwilligendienste als einen Beitrag für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung stärker in das politische Bewusstsein zu rücken.

Exkurs: Verhältnis Staat - gesellschaftliche Träger der Dienste

Im Mittelpunkt dieser Tagung steht das Verhältnis junger Menschen zu ihrem Staat. Ich möchte an dieser Stelle kurz auf ein anderes Verhältnis zu sprechen kommen: das zivilgesellschaftlicher Institutionen zum Staat. Die Träger von Freiwilligendiensten übernehmen aus Sicht der Politik eine wichtige gesellschaftliche Funktion und werden daher vom Staat finanziell gefördert. Als Gegenleistung versucht der Staat durch Gesetze, Richtlinien und haushaltspolitische Entscheidungen seine – von mir skizzierten – Erwartungen und Schwerpunkte umzusetzen. Die sozialdemokratische Regierung tendiert dabei dazu, den etablierten Nichtregierungsorganisationen zu mißtrauen. Die Träger sind umgekehrt auf ihre Autonomie bedacht und versuchen, ihre Arbeit durch bessere finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen abzusichern und auszubauen. Der an sich häufig fruchtbare Dialog zwischen Nichtregierungsorganisationen auf der einen sowie Ministerien und Bundestag auf der anderen Seite steht allerdings unter dem Zeichen immer knapper werdender öffentlicher Mittel.

Meine *dritte These* ist, dass die Träger von Freiwilligendiensten einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag leisten und dies noch stärker in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik deutlich machen müssen. Sie müssen ihre Arbeit zugleich kontinuierlich überprüfen und weiterentwickeln und können immer weniger damit rechnen, finanziell durch den Staat gefördert zu werden.

Bericht Arbeitsgruppe A, Sergej Krivenko

Sergei Krivenko ist Leiter des Zentrums „Sostradanie“ bei der Menschenrechtsorganisation *Memorial*, Moskau. Der dokumentierte Text basiert auf dem Tonbandmitschnitt des Berichtes, den Herr Krivenko dem Plenum unmittelbar im Anschluss an die AG erstattet hat. Wir bitten um Verständnis für die unvermeidlichen kompositorischen Mängel eines solchen Textes.

Armee und Zivildienst.**Was kann der Staat von seinen jungen Bürgern fordern?**

Die Arbeit in der Gruppe war außerordentlich intensiv, an der Diskussion nahmen etwa zwanzig Personen teil. Die Kernfrage der AG „Was können Staat und Gesellschaft von ihren Bürgern fordern?“ wurde im Licht der Problematik des Zivilen Ersatzdienstes und der Armee betrachtet.

Zunächst diskutierten die Teilnehmer den Status quo des Zivildienstes und der Armee bzw. Bundeswehr in Deutschland und in Russland. Man stellte fest, dass sich das Problem in den beiden Ländern in verschiedenen Entwicklungsphasen befindet und dass die Lösungsansätze in beiden Ländern unterschiedliche Ausgangspunkte hatten.

In Deutschland hat der Zivildienst seine Entwicklung basierend auf eigenen schweren Erfahrungen durchlaufen. Aufgrund der großen Anzahl von Kriegsdienstverweigerungen wurde das Recht auf Ersatzdienst im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgehalten. Als im Jahr 1956 die Wehrpflicht in der BRD eingeführt wurde, begann auf dieser Basis auch die Einführung eines Wehersatzdienstes, die sich bis Mitte der achtziger Jahre sehr schwierig und undemokratisch gestaltete. Der Zivildienst fiel damals in die Kompetenz des Verteidigungsministeriums und nur dank der allgemeinen Prozesse, die Mitte der achtziger Jahre in Deutschland zu beobachten waren, gelang es, die betreffende Gesetzgebung wesentlich zu liberalisieren. Die darauffolgenden Anstrengungen vieler Verbände und Vereine, vor allem religiöser, trugen maßgeblich dazu bei, den heutigen Stand der Entwicklung zu erreichen.

In Russland entwickelt sich dieser Prozess anders. Das Hauptproblem in Russland ist der Zustand der Armee. Die Einführung eines Zivildienstes in Russland war aufgrund des starken Widerstands von Seiten des Verteidigungsapparates sehr schwierig. Genaugenommen „brauchte“ keiner ein Gesetz über den Zivildienst. Die Regierung brauchte es nicht, weil die Notwendigkeit für einen Zivildienst nicht erkannt wurde, zumal seine Rolle im Sozialsystem nicht klar war, so wie das heute in Deutschland der

Fall ist. Von Seiten der Armee gab es Widerstand, weil man Angst hatte, dass ein normaler Zivildienst die Wehrpflicht in Frage stellt, dass viele junge Männer einfach Zivildienst leisten und die Wehrpflicht unterlaufen würden. In Russland hängt die Zahl der Generalsposten von der Zahl der Soldaten ab, und faktisch war das ein Kampf um die Erhaltung der eigenen Posten.

Die treibenden Kräfte hinter dem Zivildienstgesetz waren gesellschaftliche Vereinigungen und die demokratischen Parteien, die sie unterstützten. Das Gesetz wurde von sehr vielen NGOs wie ein Schritt zu einer Armee reform wahrgenommen. Man war der Ansicht, dass die Einführung eines Zivildienstes den Armeefunktionären zu denken gibt. Die Teilnehmer der AG stellen fest, dass die Komplikationen in der Ausarbeitung und Verabschiedung des Gesetzes gezeigt hatten, wie stark die Zivildienstproblematik mit der Sachlage in der russischen Armee zusammenhängt.

Während der Diskussion über den Zustand der russischen Armee stellte Roman Maranow, Jurist beim „Regionales Bürgerrechtszentrum Perm“, ein Modell vor, das viele Vorwürfe im Zusammenhang mit seiner emotionalen Belastung hervorrief: Roman Maranow verglich die Lage der Einberufenen mit der Lage der Geiseln in dem Geiseldrama, das kürzlich in einem Moskauer Musical-Theater stattfand. Die Teilnehmer waren sich einig, dass es für die Geiselnahme in Moskau keinerlei moralische Rechtfertigung gibt; zugleich sind viele Elemente tatsächlich vergleichbar: etwa wie die Einberufung in die Armee vonstatten geht, oder die Tatsache, dass die Generäle über die Wehrpflichtigen verfügen und „mit ihnen machen können, was immer sie wollen“ (es gibt Fälle, in denen die Soldaten zum Dazuverdienen „vermietet“ werden, es gibt also eine gewisse Art des Sklavenhandels).

Darüber hinaus wurde die Einführungsphase des Zivildienstgesetzes und seine grundlegenden Positionen betrachtet. Vom Standpunkt der Regierung aus – und unter den Teilnehmern der AG war Wladimir Scharkow, der Vertreter des Arbeitsministeriums – reflektiert das Gesetz eine gewisse Balance zwischen den Interessen des Einzelnen und den Interessen des Staates. Aus der Perspektive der NGOs jedoch wurde aufgrund des gigantischen Widerstands von Seiten der Armee ein repressives Gesetz verabschiedet.

Im weiteren Verlauf wandte sich die Diskussion dem obligatorischen Charakter der Wehrpflicht und dem Zivildienst insgesamt zu. Einerseits ist der Staat verpflichtet, seine Bürger zu verteidigen, und dafür sind Polizei und Streitkräfte bis zu einem gewissen Maße unverzichtbar. Andererseits lehnen die Streitkräfte das Töten, und das kann von einem moralischen Standpunkt aus nicht akzeptiert werden.

Günter Knebel von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer erläuterte die Empfehlungen des Europarates zur Einführung des Zivildienstes bzw. zu seiner weiteren Liberalisierung.

Während der Diskussion wurde festgestellt, dass der Übergang zu einer Berufsarmee das Problem des Zivildiensts lösen kann. In Deutschland besteht das Haupthindernis für ein Berufsheer im funktionierenden Zivildienst, der viele soziale Fragen löst. In Russland besteht das Haupthindernis im Zustand der Armee selbst. Die Armee in Russland ist die einzige Institution, die sich seit der Sowjetära keinen Reformen unterzogen hat und nach den Gesetzen des Jahres 1939 operiert, als sich Stalin auf den Krieg vorbereitete. Natürlich wurden einige kleine kosmetische Anpassungen vorgenommen, allerdings kann man mit vollster Überzeugung behaupten, dass das Haupthindernis für einen Übergang zum Berufsheer in Russland die Armee selbst ist. (Ergänzung der Redaktion: Elisabeth Weber von der Bundestagsfraktion der Grünen regte in der Diskussion an, sich nicht davor zu scheuen, für die Reform der russischen Armee auch die Unterstützung des Nato-Russland-Rates anzustreben).

In seinem Impulsreferat sagte Kapitänleutnant Björn Haberer, Jugendoffizier der Bundeswehr, dass es in den eigenen Rängen ein sehr hohes Maß an Überzeugung darüber gäbe, dass ein Übergang zu einem Berufsheer stattfinden müsse. „Nur ein Berufsheer ist in der Lage auf die Bedrohungen zu reagieren, mit denen wir jetzt konfrontiert sind, und jene Aufgaben zu lösen, mit denen wir uns in einer modernen Welt unweigerlich auseinandersetzen müssen.“ Es gibt viele Aussagen darüber, dass in der russischen Führungsspitze, auch bei Präsident Putin, Verständnis dafür herrscht, dass der Übergang zur Berufsarmee notwendig ist.

In der Diskussion wurde auch die Frage aufgeworfen, ob sowohl Armee als auch Zivildienst eine Form der Sozialisation der Jugendlichen sei, und es begann eine Erörterung über die Notwendigkeit einer solchen Sozialisation und welche Form sie haben sollte.

Ein besonders wichtiges Problem wurde in der Notwendigkeit des Schulunterrichts sowohl im Bereich Menschenrechte als auch in der Vorbereitung auf Wehr- oder Ersatzdienst erkannt.

Es wurden auch die Bedingungen des Zivildienstgesetzes und des Gesetzes, das zunächst von der Armee eingereicht wurde, sowie die Rolle der NGOs diskutiert. Es ging um die Frage, inwieweit es möglich war, einige Bestimmungen des Gesetzes zu mildern (In einigen Punkten konnte eine Verbesserung des Gesetzes erreicht werden) und welche weiteren Möglichkeiten für eine Verbesserung der Situation in Russland bestehen.

Im Abschluss stellten wir fest, dass es neu geknüpfte Kontakte gibt – formelle Kontakte, wie ich anmerken möchte – und dass auf dieser Basis eine Arbeitsgruppe im Arbeitsministerium gegründet wurde, an der auch NGOs teilnehmen. So hat der Kontakt zwischen der Regierung und den NGOs eine Grundlage bekommen.

Bericht Arbeitsgruppe B, Franziska Richter

Freiwilligenarbeit –

Was wollen Jugendliche Staat und Gesellschaft geben?

Freiwilligendienste im Verhältnis zum Staat

In ihrem Referat äußerte Irina Kisilowa eingangs einige Verwunderung darüber, dass in der Eröffnungsdiskussion des ersten Veranstaltungstages von seiten der russischen Jugendlichen die Klage zu hören war, der Staat kümmere sich nach dem Zusammenbruch der alten politischen Strukturen nicht mehr genügend um sie. Im Grunde sollten diese Jugendlichen dankbar sein, dass dieser staatliche Gestaltungsanspruch nach der Maxime „Der sowjetische Staat liebt seine Jugend“ zurückgegangen sei und der Jugend in der Folge mehr Freiraum zur Selbstentfaltung gäbe. Als Konsequenz dieses erwünschten Rückzuges des Staates haben nun die NGOs die Aufgabe der sozialen Adaption zu übernehmen. Die Freiwilligenarbeit sieht Frau Kisilowa hier als einen Teil dieser Aufgabe an. Darüber hinaus betonte sie die Wichtigkeit der beiderseitigen Lernprozesse zwischen den NGOs und den Jugendlichen.

Frau Gregull ging in ihrem Referat kurz auf das von ihr betreute Jugend- und Gemeinwesenprojekt an Schulen ein, in dem Jugendliche und Schüler eigene Ideen zum Freiwilligen Engagement entwickeln lernen. Die Evaluation des Programmes zeigte u. a. auf, dass sich durch freiwilliges und selbstgestaltetes Engagement *soft skills* herausentwickelt hätten, wie beispielsweise die Befähigung zu sozialen Kontakten, Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung etc. Für eine Qualifizierung und Professionalisierung der Jugendlichen sorgen parallel angelegte Seminarreihen. Ausgehend von der Annahme, dass die Jugendlichen prinzipiell bereit sind, dem Staat etwas durch ihr freiwilliges Engagement zu geben, formte Frau Gregull die in der Arbeitsgruppe gestellte These „Was wollen Jugendliche dem Staat geben“ zu der Frage „Was will der Staat den Jugendlichen geben?“ um, damit die Wechselseitigkeit des Verhältnisses betont werde. In der anschließenden Diskussion wurde diese Fragestellung aufgegriffen und mit Beiträgen zu Fragen wie „Wie kann Freiwilliges Engagement aussehen? Wie kann der Staat es unterstützen? Welche Rolle sollte der Staat bei der Unterstützung von NGOs spielen?“ konkretisiert.

Insbesondere in der Frage, welche Rolle der Staat bei der Unterstützung von Freiwilligen und NGOs spielen sollte, zeigten sich Differenzen zwischen russischer und deutscher Seite. Beispielsweise vermerkte Herr Gildemeister, dass es seiner Meinung nach wichtige Aufgabe des Staates sei, die zivilgesellschaftlichen

Organisationen zu fördern, damit diese wiederum befähigt würden, den nötigen Raum für konkretes Freiwilliges Engagement bereit zu stellen und zu unterstützen. Das Jugendministerium sehe diese Förderung der Mittlerebene hingegen als nicht so essentiell an, sondern setze vielmehr auf die direkte Unterstützung der Freiwilligen.

Frau Kisilowa hielt fest, dass in Russland generell Angst vor einer erneuten Zentralisierung der Jugendarbeit herrsche. Eine Einmischung des Staates werde oft als Bedrohung erlebt, gepaart mit der Angst, dass sich die bekannten Prozesse der Vereinnahmung wiederholen könnten. Der Staat solle nur nach dem Subsidiaritätsprinzip eingreifen, also punktuell unterstützend wirken. Ein deutscher Seminarteilnehmer zeigte an dieser Stelle einen strukturellen Unterschied zwischen beiden Staaten auf. Während es in Deutschland üblich ist, dass die Jugendarbeit von freien Vereinigungen getragen werden, traf er dagegen in Russland auf wenig Verständnis für die Übertragung staatlicher Aufgaben auf Träger der Jugendarbeit. Diese Mittlerfunktion würde in Russland als überflüssig betrachtet: nehme der Staat die Hilfe von Trägern in Anspruch, dann könnte er die Jugendbetreuungsarbeiten auch gleich selbst übernehmen.

Unterschiede verdeutlichte auch Andrej Jurow in seinem Statement. Ganz ungewohnt war es anfangs für ihn zu erleben, dass der deutsche Staat Tätigkeiten von NGOs finanziere, die sich tendenziell gegen ihn wenden. Diese normale Auffassung von westlicher Demokratie sei in Russland noch entwicklungsbedürftig. Erhielte in Russland eine Organisation staatliche Unterstützung, so hätte sie dieses Entgegenkommen im Sinne des Staates - oder konkreter – im Sinne des Beamten abzuarbeiten, sonst drohten Konflikte mit der Finanzpolizei. In Russland sollte daher eine Organisation, die unabhängig ihrer Arbeit nachgehen will, nie auf staatliche Hilfe zurückgreifen, sondern sich finanzielle Unterstützung westlicher Stiftungen suchen. Herr Gildemeister relativierte das von den russischen Teilnehmern allzu positiv entworfene Bild von Deutschland dahingehend, dass auch in Deutschland die staatskritischen Organisationen in einer Situation leerer Staatskassen als erstes von finanziellen Kürzungen betroffen wären.

Welcher Grundlagen und Strukturen bedarf Freiwilliges Engagement?

In seinem Referat konkretisierte Andrej Jurow die Klassifizierung der zwei Freiwilligentypen, die er in seinem Vortrag im Plenum bereits vorgestellt hatte (der Text ist weiter oben dokumentiert. Anm. d. Red.). Diese zwei Typen von Freiwilligen unterschieden sich vor allem bezüglich ihrer Beweggründe bzw. ihrer Motivation. Daher würden sie auch jeweils andere Formen der Unterstützung benötigen. Der erste Typ sei der des klassischen Freiwilligen mit der Konzentration auf konkrete gesellschaftliche Tätigkeiten, die man unter den Oberbegriff der Gemeinnützigkeit stellen könne. Die weitaus kleinere zweite Gruppe treibe eine andere Motivation an. Ihr Engagement speist sich vor allem aus dem Willen, etwas gesellschaftlich zu

ändern, die Welt zu verbessern und sich gesellschaftlich zu positionieren. Diese Gruppe wüsste oft selbst nicht, dass sie sich als Freiwillige engagieren und würden ihre Tätigkeit daher nie als Freiwilliges Engagement einstufen. Irina Kisilowa hielt dieser Klassifizierung entgegen, dass diese zwei Typen gut ineinander übergehen könnten. Viele Freiwillige würden mit einem konkreten Einsatz - wie beispielsweise im Krankenhaus – beginnen, dann jedoch mehr und mehr ein bestimmtes gesellschaftspolitisches Bewusstsein entwickeln und sich dadurch zwangsläufig politisch positionieren.

Weiterhin vermerkte Jurow in seinem Referat, dass die junge Generation unter den Menschenrechtlern fast vollständig fehle. Seit vier Jahren arbeitet er daher am Aufbau von Strukturen und Instrumenten, die das Potenzial dieser jungen Generation erkennen und Anreize zum Engagement geben könnten. Da es in Russland keine Zukunft ohne die Jugend gäbe, sei hier die Einbindung der Jugendlichen in die Arbeit der älteren Generation von großer Bedeutung. Darüber hinaus müssen die jungen Leute auf einschlägigen Menschenrechtskonferenzen präsenter werden, um effiziente Netzwerke aufbauen zu können. Insbesondere mit Hinblick auf den ersten Freiwilligentyp, dessen Einsatz sich eher punktuell vollzieht, ist es seitens der russischen Freiwilligenorganisationen unbedingt notwendig, über langfristige Wege und Strategien nachzudenken, um bei den jungen Menschen ein gesamtgesellschaftspolitisches Verantwortungsbewusstsein herauszubilden und zu fördern. So kämen beispielsweise viele der Jugendlichen, die ihren Freiwilligendienst im Ausland absolvieren, nicht mehr nach Russland zurück. Noch zu beobachten wäre, ob in Russland die deutschen Freiwilligenorganisationen mit ihrem „Charakter eines Lerndienstes“ (Gildemeister) und dem Fokus auf den Erwerb von Schlüsselkompetenzen, wie z. B. die Herausbildung eines sozialen Verantwortungsbewusstseins, als ein Vorbild fungieren könnten.

Das anschließende Referat von Nils Wendtland vertiefte die schon partiell aufgeworfene Frage, welche Grundlagen für Freiwilliges Engagement geschaffen werden müssten und was konkret Freiwillige für ihre Arbeit bräuchten. Zuvor ging er kurz auf den Internationalen Jugendgemeinschaftsdienst ein. Der JGD ist ein partei- und konfessionsunabhängiger Verein, der Kurz- bzw. Langfreiwilligendienste organisiert sowie eine Entsendeorganisation für Europäische Freiwilligendienste darstellt. Als Kernpunkte der Vereinsarbeit nannte Nils Wendtland Freiwilligkeit, Selbstorganisation sowie begleitende Lernprozesse der Jugendlichen.

Im folgenden sprach Herr Wendtland gesamtgesellschaftliche Probleme der Bewertung sowie des Missbrauchs von Freiwilligenarbeit an. Zum ersten sollte Freiwilliges Engagement nicht die öffentliche Verantwortung ersetzen, sondern nur zusätzlich angelegt sein. Der Staat dürfe sich nicht aus der Verantwortung nehmen. Die Annahme, dass nicht nur Erwerbsarbeit ehrenhaft ist, sondern ebenso auch die Freiwilligenarbeit, müsse gesamtgesellschaftlich intensiver diskutiert werden. Da der

Kern von freiwilliger Arbeit die Unentgeltlichkeit darstellt, wird fälschlicherweise oft im Umkehrschluss gefolgert, dass unentgeltliche Arbeit freiwillige Arbeit darstelle. Auch dieses Missverständnis gelte es stärker aufzuklären.

Im folgenden ging Nils Wendtland von drei Dimensionen der Freiwilligenarbeit aus: die Freiwilligen, der Staat, sowie die Organisationen, die Freiwillige entsenden, wie z.B. der DRA oder Aktion Sühnezeichen. Ein Freiwilliger ergänzte dieses Gerüst noch um eine vierte Dimension, nämlich die der Einsatzstellen der Freiwilligen. Die Seminarteilnehmer gingen der Frage über die Ursachen der gelegentlich auftretenden Konflikte zwischen diesen vier Dimensionen nach. Beispielsweise würden Freiwillige oft in den Organisationen als billige Arbeitskräfte verstanden. Es wurde erörtert, welcher Grundlagen und Strukturen Freiwilliges Engagement bedarf, um sich frei entwickeln zu können. An diesem Punkt meldeten sich auch viele der Freiwilligen zu Wort. Zunächst ist die Bereitstellung von Infrastruktur und Investitionen seitens des Staates notwendig. Nur wenn Ausbildung und Zugang zu regulärer bezahlter Arbeit gewährleistet seien, kann Freiwilliges Engagement stattfinden, da es sonst als Sprungbrett für die Jobsuche missbraucht werden könnte, so Nils Wendtland. Freiwilliges Engagement braucht zudem einen Grundstock finanzieller Unterstützung für die Freiwilligen. Andrej Jurow und Irina Kisilowa berichteten, dass in Russland die Freiwilligen ihr Engagement größtenteils mit eigenen Beiträgen zu finanzieren hätten, wie beispielsweise die Fahrtkosten zu Konferenzen. Seltener seien hier die Möglichkeiten einer Finanzierung aus der lokalen Verwaltung oder von Universitäten, die ein bestimmtes Budget zur finanziellen Unterstützung der Freiwilligenarbeit bereitstellten. Freiwilliges Engagement braucht des Weiteren die Bereitstellung von „Kreativräumen“ (Gregull). Darüber hinaus sollte eine professionelle Begleitung und die Möglichkeit einer Qualifizierung für die Freiwilligen finanziell gewährleistet werden.

Zudem sei es dringend notwendig, den Einsatz auf die Wünsche der Freiwilligen zuzuschneiden. Die Evaluation des von Frau Gregull vorgestellten Projektes zeigte, dass das Engagement der Freiwilligen um so größer war, je mehr auf ihre Interessen eingegangen wurde. Der Freiwillige muss ernst genommen werden, dürfe nicht in eine Arbeit gedrängt werden, die er nicht wolle. Keineswegs sollten bestimmte politische Interessen der Freiwilligenorganisationen im Mittelpunkt stehen, wie beispielsweise ein verstärktes Interesse am Entsenden Freiwilliger in die Länder Osteuropas gegen den Willen mancher Jugendlicher. In der Diskussionsrunde wurde ein großer Rücklauf von gerade an diesen Ländern interessierten Freiwilligen festgestellt. Einen diesbezüglichen Lösungsansatz brachte ein Freiwilliger ein, indem er empfahl, den Fokus in der Werbung für Freiwilligenarbeit mehr auf die Inhalte und jeweiligen Handlungs- und Kompetenzfelder zu legen, als auf die Länder selbst.

Ein weiterer Punkt, der angesprochen wurde, war die Notwendigkeit der Professionalität der Öffentlichkeitsarbeit seitens der Freiwilligenorganisationen. Die Berichterstattung der Medien muss insbesondere in Russland in Form von Selbst-

darstellungen oder ereignisbezogenen Aktionen, wie Sommercamps, effektiver gesteuert werden, um zum einen die Richtigkeit des Informationsflusses zu gewährleisten, zum anderen potentielle Freiwillige gezielter auf sich aufmerksam machen zu können. Desweiteren müssten Qualifizierungsprozesse der Jugendlichen vorangetrieben werden. Nils Wendtland spricht in diesem Zusammenhang von der Bereitstellung von Möglichkeiten „einer Probestellung unter professioneller Betreuung“.

Auf diesen Grundlagen könne dann Freiwilliges Engagement zur Entfaltung kommen. Vor allem hier müssten die Freiwilligenorganisationen ansetzen, um das Potenzial der Freiwilligen aufnehmen und fördern zu können. In beiden Ländern herrscht diesbezüglich noch großer Handlungsbedarf.

Bericht Arbeitsgruppe C, Robert Kindler

Jugend und Politik – wie wollen Jugendliche leben?

Diskutierte Themen in der Arbeitsgruppe C

1. kulturelle und politische Identität Jugendlicher
2. Verhältnis der Jugend zu Politik und Staat
3. Motive und Ursachen jugendlicher (Nicht-)Partizipation an Politik und Gesellschaft
4. Formen und Gestaltungsmöglichkeiten bürgerschaftlichen und politischen Engagements Jugendlicher

An der Arbeitsgruppe nahmen etwa 35 Tagungsgäste teil. Vor der eigentlichen Diskussion führte *Peter Wittschorek*, Moderator der Arbeitsgruppe (AG), kurz in die Thematik ein. Dabei verwies er vor allem auf die Komplexität der Fragestellung und regte eine Eingrenzung auf die Beziehungen Jugendlicher zur Politik im deutschen und russischen Kontext an.

Anschließend stellten sich die Podiumsteilnehmer vor und gaben in knappen Statements einen ersten Input für die Diskussion. *Olga Pogonina* plädierte dafür, Jugendliche stärker für die Arbeit in NGOs zu interessieren. *Christoph Dankert* unterschied für die deutsche Gesellschaft zwei Typen von Jugendlichen. Seiner Ansicht nach könne man zum Einen die apolitischen „Biedermeierjugendlichen“ ausmachen und zum Anderen die politisch aktiven, die einen großen Gestaltungswillen mitbrächten, wobei letztere klar in der Minderheit seien. *Anna Weber* betonte die Bedeutung einer effektiven Vernetzung jugendlichen Engagements. *Jewgenij Grekow* schloss diese erste Runde mit einigen grundsätzlichen Fragen und Befunden, die den Zustand der gegenwärtigen russischen Gesellschaft thematisierten: In was für einem Staat leben wir gegenwärtig? Wie sehen die Möglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements, insbesondere auch für Jugendliche, angesichts der herrschenden Verhältnisse aus? Die Politik agiere an der Jugend vorbei, auch hinsichtlich der Bewertung der NGOs, die als „feindselig“ angesehen werden, da sie die Jugendlichen auf den „falschen Weg“ brächten.

1. Kulturelle und politische Identität Jugendlicher

In der Diskussion um die Identität Jugendlicher in Deutschland und Russland wurden neben einigen Übereinstimmungen auch grundsätzliche Unterschiede herausgearbeitet. Alle Teilnehmer betonten, dass von der Identität der Jugend, als allgemeiner Identität einer Generation, nicht mehr die Rede sein könne. Vielmehr definiere sich Identität in hohem Maße auf der Mikroebene in Cliquen und Familien. Darüber hinaus sei auf der Makroebene für deutsche Jugendliche eine europäische Identität wesentlich wichtiger als eine deutsche. Die Teilnehmer konstatierten in der Bundesrepublik eine teilweise Identitätsbildung aus einer Antihaltung gegen bestehende Verhältnisse. Allerdings käme von Jugendlichen oft nicht mehr als eine Fundamentalkritik, die keinerlei Handlungsperspektiven enthalte. Es fehle heute an einem klaren Feindbild, wie es die 68er noch hatten, was zu einer Zersplitterung der Aktivitäten beitrage.

Beim größten Teil der russischen Jugendlichen sei der Staat allgemein in Verruf geraten und eine Selbstdefinition über patriotische Momente nicht gefragt. Diese Ablehnung resultiere in hohem Maße aus dem früher weit verbreiteten Stolz auf die Sowjetunion, der nach deren Zusammenbruch in eine „Frontstellung“ gegen den Rest der Welt gemündet sei. Von staatlicher Seite werde versucht, diesem Rückzug in die Privatsphäre entgegenzuwirken. Dies äußere sich insbesondere in militärpatriotischer Propaganda. Allerdings erfreuten sich patriotische Bewegungen in der Russischen Föderation (RF) eines immer stärker werdenden Zulaufs. Hier werde versucht über Feindbilder Identität zu stiften. Jeder könne sich sein Feindbild „aussuchen“, Randgruppen gebe es in der russischen Gesellschaft mehr als genug (Tschetschenen, Einwanderer etc.).

2. Verhältnis der Jugend zu Politik und Staat

Anders als in der BRD, wo die Jugend aufgrund ihrer schwindenden demographischen Größe ein immer weniger beachteter Faktor des politischen Geschäfts sei, und so an Einfluss verliere, werde sie in der RF durchaus als wichtige Wählergruppe wahrgenommen und mit speziellen Kampagnen angesprochen. Einige Parteien erheben den Anspruch, die Interessen der Jugendlichen explizit zu vertreten, auch seien die Akteure des politischen Geschehens in den letzten zehn Jahren deutlich jünger geworden, so *O. Pogonina*. Diesem Befund setzte *J. Grekow* seine Analyse entgegen, nach der die aktive Teilnahme Jugendlicher an der Politik in den letzten Jahren deutlich geringer geworden sei. Die Jugend werde nur als politische Ressource betrachtet. Gab es 1994/95 einen regelrechten „Boom“ der Jugend in den Parteien, existierten heute die meisten parteigebundenen Jugendorganisationen nur noch auf dem Papier. Auch gehe die Jugend in den Regionen nicht mehr wählen, weshalb es dort kaum noch spezielle Kampagnen für sie gebe. Die Jugendlichen seien nicht an der Politik und diese nicht an ihnen interessiert, darüber hinaus

glaubten viele junge Menschen den Aussagen der Politiker nicht mehr. Erschwerend komme hinzu, dass allen Beteiligten bewusst sei, dass die Politik in der RF teilweise mit kriminellen Methoden agiere. Es sei nur schwer vorstellbar, wie sich unter diesen Umständen ein Bewusstsein der Verantwortung für den Staat entwickeln solle, den diese Generation einmal führen werde.

Äußerst problematisch sei auch das Verhältnis vieler russischer Jugendlicher zu Europa. Zwar habe Putin alle einschlägigen europäischen Konventionen unterschrieben, nur gehe die Umsetzung in der RF in weiten Teilen mehr als mangelhaft vonstatten, worunter auch das Ansehen der europäischen Institutionen leidet.

Ein wichtiges Anliegen der NGOs in den Regionen der RF müsse es daher sein, Jugendliche wieder stärker für Politik und die Nutzung ihrer demokratischen Partizipationsrechte zu interessieren und sie über ihre Rechte zu informieren. Das Know-how dazu sei momentan allein auf Seiten der NGOs vorhanden, doch könnten sie letztlich dem Staat nur kritisch begleitend zur Seite stehen. Dieser habe aber nur geringes Interesse an solcher „Unterstützung“. Am Beispiel der Präsidentenwahlen in der RF machte *J. Grekow* dies deutlich: Allen war vorher bewusst, dass Putin gewählt werden würde, daher gab es eine weit verbreitete Wahlunlust unter den Jugendlichen. Versuche von NGOs, Kampagnen zu starten, die Jugendliche animieren sollten, zur Wahl zu gehen, wurden von staatlicher Seite untersagt.

Bei der staatsbürgerlichen Bildung liege vieles im Argen, was unter Anderem auch daran liege, weil der Staat an die Autoren der einschlägigen Lehrbücher „immer noch keine Bestellung aufgegeben hat, was für einen Bürger er eigentlich haben will“ (*O. Pogonina*). Sie forderte eine Fokussierung auf den Komplex Menschenrechte und Demokratie. In Deutschland sei nach 1945 eine „Demokratieerziehung“ verordnet worden, etwas vergleichbares habe es in Russland nie gegeben.

3. Motive und Ursachen jugendlicher (Nicht-)Partizipation an Politik und Gesellschaft

Der größte Teil der Jugendlichen beider Gesellschaften interessiert sich nicht für bürgerschaftliches Engagement. Im Vordergrund stehen bei ihnen Werte wie Selbstverwirklichung und Karriere. Einige beziehen in diese Überlegungen auch ein gesellschaftliches Engagement mit ein.

Die für junge Menschen typische Suche nach Leitbildern resultiert bei manchen auch in der bewussten Entscheidung für Mitwirkung. Dabei sind die Motive äußerst unterschiedlich, sie bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Protest gegen bestimmte Zustände und dem Willen zur Mitgestaltung. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die sich aus einer subjektiv wahrgenommenen Ohnmacht in den bestehenden Verhältnissen gegen eine Partizipation oder für neuartige Formen derselben, wie beispielsweise das Internet entscheiden.

A. Weber meinte, dass Politik als Beruf für deutsche Jugendliche, wenn überhaupt, nicht aus finanziellen Gründen, sondern wegen der zahlreichen „Selbstdarstellungsmöglichkeiten“ in den Medien attraktiv sei. Deshalb stünden auch bei vielen Organisationen nicht die inhaltlich stärksten Personen an der Spitze, sondern Charismatiker. Darüber hinaus würden Jugendliche und insbesondere Studenten in Deutschland nur in nennenswertem Ausmaß aktiv, so C. Dankert, wenn ihre eigenen Interessen betroffen seien, für abstraktere Themen seien sie kaum zu interessieren. Das belege auch die miserable Beteiligung an den Wahlen zu den Studierendenparlamenten.

In Russland macht momentan ein Wort die Runde, das sehr pointiert den Standpunkt der Mehrheit der russischen Jugend zum Ausdruck bringt. Es lautet: „Du sollst um nichts bitten, an nichts glauben und nicht abstimmen, dann wirst du auch nicht betrogen.“ Nach dem Umbruch von 1991 glaubte man, erst komme der Markt, dann die Demokratie und dann werde schon alles gut. Unter diesen Umständen wurde die neugewonnene Freiheit vor allem als negative Freiheit, also als Freiheit *vom* Staat empfunden. (Es stellte sich nicht das Gefühl einer positiven Freiheit ein, also einer, die Partizipation ermöglicht und fordert.– eigene Hinzufügung, R.K.).

4. Formen und Gestaltungsmöglichkeiten bürgerschaftlichen und politischen Engagements Jugendlicher

Hilfreich für die Präzisierung der Mitwirkung Jugendlicher an konkreten Fragestellungen war die theoretische Unterscheidung zwischen Mitsprache (Jugendliche werden angehört), Mitwirkung (konkrete Fragen werden mit den Jugendlichen gemeinsam gelöst) und Mitbestimmung (relativ weitreichende Entscheidungskompetenz bei den Jugendlichen). Dabei ist diese Differenzierung nur idealtypisch, in der Praxis kommt es zu Überschneidungen.

Für einige Formen der Beteiligung, die den deutschen Teilnehmern selbstverständlich waren, ließ sich nur schwer oder keine Entsprechung im russischen Kontext finden. Organisationsformen wie etwa die studentische Partizipation, die in Deutschland eine lange Tradition hat, wenn sie auch in ihrer aktuellen Bedeutung von den Teilnehmern unterschiedlich bewertet wurde, sind in der RF so nicht vorhanden. Auch Jugendorganisationen religiöser Vereinigungen sind, anders als in Deutschland, faktisch nicht vorhanden. Unter religiösen Vorzeichen dürfen in der RF keine Jugendorganisationen gegründet werden.

Ein Pendant zu vernetzenden Organisationen wie den „Bundesjugendring“ gibt es in dieser Form in Russland nicht. Möglicherweise hat die Putinjugend („Die Zusammengehenden“) das Potential solch eine Rolle zukünftig ausfüllen zu können. Da diese Organisation vielen deutschen Teilnehmern der AG nur wenig bekannt war, gaben die russischen Teilnehmer einen kurzen Überblick über Entstehung und

Struktur. Diese Informationen befinden sich ebenfalls am Ende des Protokolls (Anhang).

Sowohl in Deutschland wie auch in Russland ist es üblich, dass sich Jugendliche nicht mehr dauerhaft in einer Organisation binden, sondern sich vielmehr stark projektbezogen und zeitlich begrenzt engagieren wollen.

Abschließend kreiste die Diskussion um die Frage, wie weit die Partizipation junger Menschen gehen kann und soll. Letztlich konnte in diesem entscheidenden Punkt keine befriedigende Antwort gegeben werden, doch die Ansätze der Podiumsteilnehmer seien hier wiedergegeben. *A. Weber* begründete ihre Forderung nach der Übertragung weitreichender Entscheidungskompetenzen an Jugendliche mit einem Zitat von C. F. v. Weizsäcker „Demokratie bedeutet Entscheidung durch die Betroffenen“ und kritisierte den weit verbreiteten Ansatz, Jugendliche nur als Staffage zu gebrauchen und ihnen inhaltlich nichts zuzutrauen. *C. Dankert* schloss sich diesem Standpunkt an und verwies auf den Vorteil junger Menschen, unbelastet und offen an Probleme heranzugehen. Allerdings fragte er nach der Grenze, ab der Jugendliche in der Lage seien, selbständig weitreichende Entscheidungen zu fällen. *O. Pogonina* erläuterte, dass es in Russland momentan vor allem darum gehe, Partizipation zu ermöglichen und der Jugend beizubringen, politisch zu denken. *J. Grekow* sagte, dass seiner Ansicht nach in der aktuellen Situation überhaupt erst einmal die Bedingungen geschaffen werden müssten, unter denen Jugendliche offen über ihre Probleme reden und sich so über ihre Bedürfnisse klar werden könnten.

Anhang: Die Putinjugend („Die Zusammengehenden“)

Die Putinjugend wurde vor 1 ½ - 2 Jahren gegründet mit dem Ziel, die Politik Putins zu unterstützen. Sie machte erstmals durch größere Kundgebungen auf sich aufmerksam. Die Putinjugend verfügt über ein System regionaler Organisationen. Die Struktur ist streng hierarchisiert und funktioniert nach dem System persönlicher Ergebnisorientierung (*J. Grekow*). Die Teilnehmer an den Aktionen der Zusammengehenden erhalten für ihr Engagement eine Gratifikation von der Organisation. Die Quellen der (recht großzügigen) Finanzierung sind unklar, jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit in der unmittelbaren Umgebung Putins zu suchen. Die Zusammengehenden versuchen die Nischen zu besetzen, die durch den Zerfall des Komsomol entstanden sind. Einige der Mitglieder sehen die Organisation vor allem als Sprungbrett für die eigene Karriere und engagieren sich nicht (nur) aus Sympathie für den Präsidenten.

Thesepapier Roman Maranow, Arbeitsgruppe B

Herr Maranow hat sich als Anwalt spezialisiert auf die Verteidigung der Rechte von Einberufenen und Armeeingehörigen, sowie des individuellen Rechtes auf Zivildienst. Er hat über 30 Gerichtsverhandlungen um das Recht auf Zivildienst für seine Mandanten gewonnen. Im Jahr 2000 organisierte er ein internationales Seminar zum Thema „Gewissensfreiheit zur Kriegsdienstverweigerung – Verteidigung der Rechte von Verweigerern“ und gründete 2001 das Unabhängige Forschungs-zentrum für Rechte der Einberufenen und Armeeingehörigen „Mensch und Armee“.

Zivildienst: Jugendliche als Geiseln des Verteidigungsministeriums?

In den letzten Wochen rückte Russland durch die Geiselnahme am 24. Oktober 2002 im Moskauer Konzertsaal Dubrovka in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Es wurden rund 800 Personen als Geiseln genommen. Ganz Russland (ja, die ganze Welt) verfolgte die Ereignisse dieser Tragödie, einer Tragödie um die Erlangung der Freiheit.

Mir kam plötzlich ein Gedanke – eine schreckliche Metapher: Die Vorgehensweise bei der Geiselnahme im Konzertsaal erinnerte mich an das, was heute in der Russischen Armee passiert. **In Russland werden rund 1 Million Menschen von 2000 Generälen als Geiseln gehalten.**

Zu diesem Schluss kommt man, wenn man sich das Szenario genauer ansieht. Das Verteidigungsministerium und der Generalstab der Russischen Föderation verhalten sich so, als wären die Jugendlichen ihnen ausgeliefert. Das lässt sich durch eine vergleichende Gegenüberstellung verdeutlichen:

Geiseln	Wehrdienstleistende
<p>1. Durchführung der Geiselnahme Auswahl eines geeigneten Ortes, an dem sich eine Menschenmenge zusammengefunden hat. Die Eingänge werden von den Geiselnehmern schlagartig abgeriegelt und der Menschenmenge verkündet, dass sie sich in Geiselhaft befinden. Ausländische Bürger werden nach Vorweisung ihrer Dokumente freigelassen.</p>	<p>Einberufung zum Wehrdienst In Moskau und Sankt Petersburg werden an den Ausgängen der U-Bahn Polizeicordons gebildet. Die Polizei fordert die Jugendlichen auf ihre Dokumente vorzuweisen (auf den Dokumenten ist - wenn vorhanden - die Aufschiebung der Einberufung vermerkt). Die Polizisten weisen darauf hin, dass sich die jungen Männer der Einberufung zu unterziehen haben. Dazu werden sie in Gewahrsam genommen und in die Gebäude der Einberufungskommissionen gebracht. Ausländische Bürger werden nach Vorweisung ihrer Dokumente freigelassen.</p>

<p>2. Terroristen geben ihre Forderungen bekannt (Materielle oder politische Forderungen)</p>	<p>Generäle geben ihre Forderungen bekannt (Materielle Forderungen: Erhöhung der Ausgaben für die Erhaltung der Armee, Erhöhung von Ermäßigungen für Armeeingehörige. Politische Forderungen: Änderung der Regelungen zur Aufschiebung der Einberufung.</p>
<p>3. Von den Terroristen werden einige Schwerkranke freigelassen, Tote können geborgen werden. Die Bestattung erfolgt auf Staatskosten.</p>	<p>Die Armee entläßt einige Schwerkranke. Tote können geborgen werden, durch Krankheit Verstorbene den Familien überstellt werden (Jährlich sterben rund 3000 Soldaten, die ihre Wehrpflicht ableisten). Die Bestattung erfolgt auf Staatskosten.</p>
<p>4. Die genaue Zahl der Geiseln kann nicht festgestellt werden. Ebenso ist es nicht möglich festzustellen, ob einzelne Geiseln noch leben oder bereits verstorben sind. Viele Personen werden vermisst.</p>	<p>Die genaue Zahl der Soldaten sowie der verstorbenen Soldaten kann nicht festgestellt werden. Es treten Fälle auf, bei denen man nicht weiss, wo der Soldat seinen Wehrdienst ableistet. Viele Personen werden vermisst.</p>
<p>5. Mögliches Auftreten des „Stockholmer Syndroms“⁴</p>	<p>Rechtfertigung des Wehrdienstes Jene, die in der Armee gedient haben, versuchen entweder zu vergessen was ihnen widerfahren ist, oder sie beginnen die Wehrpflicht zu verteidigen. Folgende Argumente kommen zum Tragen: Die Wehrpflicht ist eine Art Männerschule, nur die Mutigen kommen durch, jeder hat diese Schule zu durchlaufen, es ist alles nicht so schlimm...</p>
<p>6. Fluchtversuche In der Hoffnung ihr Leben zu retten wagen einige Geiseln Fluchtversuche.</p>	<p>Desertationen In der Hoffnung ihr Leben zu retten desertieren einige Soldaten aus ihren Kasernen.</p>

⁴ Der Terminus beschreibt einen Prozeß, bei dem die Geiseln beginnen, sich mit den Zielsetzungen ihrer Geiselnnehmer zu identifizieren. Der Terminus „Stockholmer Syndrom“ wurde eingeführt, nachdem sich Geiseln eines Banküberfalls in Schweden gemeinsam mit den Geiselnnehmern in der Bank verbarrikadiert hatten. Vier der Geiseln verteidigten nach Beendigung des Geiseldramas ihre Geiselnnehmer.

<p>7. Die Rolle der Medien Es wird der Versuch unternommen das Problem zu beleuchten. Den Journalisten wird nur die offizielle Meinung bekannt gegeben, sie erhalten keinen Zugang zu internen Informationen.</p>	<p>Die Rolle der Medien Es wird der Versuch unternommen das Problem zu beleuchten. Den Journalisten wird nur die offizielle Meinung bekannt gegeben, sie erhalten keinen Zugang zu internen Informationen.</p>
<p>8. Masse der Geiseln 42 Terroristen haben rund 800 Personen als Geiseln genommen. Aufgrund ihrer Masse werden die Geiseln von den Geiselnehmer nicht mehr als Individuen wahrgenommen. Eine persönliche Kontaktaufnahme ist unwahrscheinlich, Schicksal und Leben einer einzelnen Geisel interessieren die Geiselnehmer nicht aufgrund ihrer Masse.</p>	<p>Masse der Wehrdienstleistenden Alle halben Jahre werden rund 180.000 junge Männer in die Armee einberufen. Die Soldaten werden aufgrund ihrer Masse nicht mehr als Individuen wahrgenommen. Schicksal und Leben eines einzelnen Soldaten interessieren die Generäle nicht aufgrund ihrer Masse. In der Armee sind Personenverluste bereits offiziell einkalkuliert, d.h. der Tod einer bestimmten Anzahl von Menschen gilt als Norm.</p>
<p>9. Dauer der Geiselnahme 3 Tage</p>	<p>Dauer des Wehrdienstes 2 Jahre</p>
<p>10. Rechte der Geisel Hat keinerlei Rechte, kann keinen Einfluß auf ihr Schicksal nehmen.</p>	<p>Rechte des Wehrdienstleistenden Hat keinerlei Rechte, kann keinen Einfluß auf sein Schicksal nehmen, kann die Wahl des Ortes seines Einsatzes nicht beeinflussen.</p>
<p>11. Vermittlertätigkeit (in diesem Fall die Partei „Union Rechter Kräfte“ – Sojuz pravych sil). Es kommt zu Gesprächen zwischen den Geiselnehmern und den Politikern mit dem Ziel, die Freilassung der Geiseln zu erreichen.</p>	<p>Vermittlertätigkeit (in diesem Fall die Partei „Union rechter Kräfte“ – Sojuz pravych sil). Die Partei versucht auf die Armee einzuwirken um eine Verkürzung des Wehrdienstes zu erreichen.</p>
<p>12. Bedingungen der Geiselhaft Die bewaffneten Geiselnehmer fordern von den Geiseln ihre bedingungslose Unterordnung; keine Verpflegung für die Geiseln; unhygienische Bedingungen sowie die fast gänzliche Abwesenheit von medizinischer Hilfe kennzeichnen die Geiselhaft.</p>	<p>Arbeits- und Lebensbedingungen der Wehrdienstleistenden Die bewaffneten Befehlshaber fordern von den Wehrdienstleistenden ihre bedingungslose Unterordnung; schlechte Verpflegung und Ausstattung mit Bekleidung; unhygienische Bedingungen und fast gänzliche Abwesenheit medizinischer Hilfe kennzeichnen die Lebensbedingungen.</p>
<p>13. Kommunikation zwischen den Geiseln und ihren Angehörigen In seltenen Fällen gelingt es den Geiseln per Mobiltelefon eine geheime Nachricht an ihre Angehörigen zu versenden. (Achtung! Es besteht die Gefahr,</p>	<p>Kommunikation zwischen den Wehrdienstleistenden und seinen Angehörigen und Bekannten: erfolgt per Post (Briefe jedoch können wochenlang unterwegs sein oder verloren gehen, die Post wird geöffnet) In seltenen Fällen gelingt es dem Soldaten per Mobiltelefon geheim seine</p>

dass das Mobiltelefon von den Geiseln eingezogen wird). Die Angehörigen quält das ungewisse Warten.	Verwandten anzurufen (Achtung! Wenn sie es sehen, kann das Mobiltelefon eingezogen werden). In der Armee ist es verboten, ein Mobiltelefon zu besitzen. Die Angehörigen quält das ungewisse Warten.
14. Hilfe und Unterstützung Den Geiseln wird von außerhalb Hilfe zu teil (Verpflegung mit Essen und Trinken).	Hilfe und Unterstützung Die Eltern der Hilfeleistenden unterstützen die Wehrdienstleistenden mit Essen, Kleidung, Geld etc.
15. Disziplin: Zwischen den Geiseln herrscht kein „Ältestenprinzip“	Disziplin: Zwischen den Soldaten herrscht das „Ältestenprinzip“ („Dedowschtschina“)

Aus den oben genannten Ausführung wird folgendes ersichtlich: Die Jugendlichen verhalten sich wie Geiseln. Die bereits in die Armee Einberufenen sind „reale Geiseln“, jene, die noch nicht eingezogen worden sind, gleichen „potentiellen Geiseln“. Zusätzlich werden die „Geiseln“ zu den Unterredungen über ihre Freilassung nicht zugelassen und können nicht daran teilnehmen. Sie können nur abwarten bis man sie freilässt. Jene Kinder, die im Konzertsaal festgehalten worden sind, werden mit Erreichung ihres 18. Lebensjahres in die Armee einberufen werden. Jetzt sind sie sich noch nicht der Gefahr bewusst, dass sie sich bald wieder in ähnlichen Bedingungen wiederfinden werden. Man wird ihnen lediglich sagen, dass sie ihre ehrenhafte Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes leisten werden.

Der Krieg der Armee-Lobby gegen die Gesellschaft dauert an. Und die Gesellschaft wird immer als Verlierer hervorgehen, weil sich die Armee die Wehrpflichtigen – Vertreter dieser Gesellschaft – als Geiseln hält und die Gesellschaft nichts dagegen tun kann.

Vor diesem Hintergrund hätte das Gesetz über den Zivildienst jene Vereinbarung zwischen der Gesellschaft und der Armee sein können, welche einem nicht unbedeutenden Teil der Geiseln ihre Freiheit garantiert hätte. Jedoch statt einer derartigen Vereinbarung wurden ein Gesetz über den Zivildienst angenommen, auf dessen Grundlage der Generalstab noch eine größere Anzahl an Geiseln nehmen kann, die er nicht nur zwei, sondern gar drei Jahre gedenkt festzuhalten.

Was können die Jugendlichen - die „potentiellen Geiseln“ – nun tun? Sich verstecken? Nicht mehr aus dem Hause gehen? Ins Ausland emigrieren? Krankheiten simulieren? Welche Chancen haben „echte Geiseln“? Die Flucht?

Es ist Zeit sich durchzuringen und klarzustellen, dass wir Jugendliche keine Geiseln sein wollen. Wie können wir Jugendliche uns befreien, welche Möglichkeiten gibt es, damit das Feilschen um uns aufhört? Wir müssen aufzeigen, dass wir keine Instrumente zur gegenseitigen Aushandlung von Vorteilen sind, sondern dass man die Vermittlungen mit dem Ziel unserer Befreiung mit UNS selber führen muss, dass wir

diese Gespräche führen wollen und können. Wir wollen uns nicht mehr hinter den Rücken der Eltern und hinter den Nichtregierungsorganisationen verstecken und diese zu Unterredungen „vorschicken“. Wir müssen endlich aufhören wie Geiseln zu denken und wie Geiseln zu handeln.

Es ist gut möglich, dass gerade der Zivildienst dabei hilft, das Bewusstsein „eine Geisel zu sein“ (also hilflos zu sein) zu mindern. Der Zivildienst ruft die Jugendlichen wach, sich selber zu helfen und nicht abzuwarten, bis dies andere tun.

Und was macht der Staat? Der Staat trägt weiterhin dazu bei, das Geisel-Bewusstsein zu fördern, versteckt hinter großartigen Phrasen über den Patriotismus. Ein Beispiel dazu ist der Beschluß Nr. 1015 der Regierung der Russischen Föderation „Über das bundesweite Richtlinienprogramm ‚Die Jugend Russlands‘ in den Jahren 2001-2005“ vom 27. Dezember 2000. Die Ziele des Programmes sind die Schaffung rechtlicher, wirtschaftlicher und infrastruktureller Bedingungen, um auf der Grundlage von Zivilgesellschaft, Marktwirtschaft und rechtlicher Absicherung die Bildung demokratischen Bewusstseins unter Jugendlichen und ihre Entwicklung zu Vertretern der modernen russischen Gesellschaft zu fördern.

Das klingt auf den ersten Blick gut. Wenn man jedoch den Inhalt des Programmes genauer unter die Lupe nimmt, so tritt eines deutlich hervor. Laut dieses Programmes ist die Ausgabe von 243 Millionen Rubel geplant, um die notwendigen gesellschaftlichen Bedingungen für die *militär-patriotische* (*voenno-patrioticheskije vospitanie*) und religiös-moralische Erziehung zu schaffen. Rund 160! Millionen Rubel sollen dabei zur „Durchführung von militär-patriotischen Massnahmen“ (z.B. Unterstützung von Organisationen in diesem Bereich) zur Verfügung gestellt werden. De facto ist das gleichbedeutend mit einer Militarisierung des Bewusstseins Jugendlicher, nicht zuletzt um die Jugendlichen leichter in die Armee treiben zu können. Zum Vergleich: Eine ebenso grosse Summe soll zur Lösung von Wohnproblemen Jugendlicher und junger Familien in ganz Russland! ausgegeben werden. Für die Unterhaltung internationaler Jugendkontakte ist lediglich die Ausgabe von 110 Millionen Rubel vorgesehen.

Und das wichtigste: In diesem Programm fällt - im Gegensatz zu früheren Programmen - kein Wort über die Einführung des Zivildienstes.

Im Beschluß Nr. 5090-1 vom 3. Juni 1993 über die „Hauptrichtungen der staatlichen Jugendpolitik der Russischen Föderation“ war im Gegensatz zum oben genannten Programm noch festgelegt, *dass in Zeiten des sozialen und wirtschaftlichen Umbaus der Gesellschaft eine besonders wichtige Stellung in der Jugendpolitik die Unterstützung des zivilen Freiwilligendienstes für Jugendliche einnimmt, darunter auch der Zivildienst von Personen im wehrpflichtigen Alter.*

Thesenpapier Olga Pogogina, Arbeitsgruppe C

Mitarbeiterin des Jugendzentrums für Menschenrechte und Rechtskultur, Moskau; Chefredakteurin der Webseite des Presseclubs „4 Seiten“; Master of Political Sciences, University of Manchester; mehrjähriger Schuldienst in den Fächern Geschichte und Gesellschaftswissenschaften; seit 1995 Mitarbeit bei der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ und beim Internationalen Workcamp im Museum der Geschichte der politischen Repressalien „Perm-36“; seit 1998 Arbeit an Bildungsprogrammen auf dem Gebiet der Menschenrechte; Doktorandin des Institut der Philosophie der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Patriotismus in Russland – Politik, Gesellschaft, Jugend

Patriotismus – das ist ein Begriff, der in den letzten anderthalb Jahrzehnten in Russland enorm an Einfluss verloren hat. In den Jahren der Perestrojka hörte das Adjektiv „patriotisch“ als ein die gesellschaftliche Orientierung des Individuums widerspiegelndes Attribut auf zu existieren. Heute wird dieses Wort praktisch nicht mehr gebraucht ohne „unterstützende“ Attribute, von denen der dehnbare Begriff „volkspatriotisch“ (in bezug auf die politische Sphäre) in den vergangenen Jahren die weiteste Verbreitung gefunden hat.

Die Ursachen liegen auf der Hand. Patriotismus war in der Sowjetzeit untrennbar verbunden mit dem Ausdruck der Loyalität gegenüber dem sowjetischen Machtssystem, das dem Druck der feindlichen Welt des Kapitalismus entgegen stand. „Die Ideen und Gefühle des sozialistischen Patriotismus treten beim kommunistischen Aufbau als ein wichtiger Faktor der politischen und der Arbeitstätigkeit der Massen in Erscheinung. Die Erziehung der sowjetischen Menschen im Geiste einer organischen Verbindung vom sozialistischem Patriotismus und Internationalismus wird von der KPdSU als eine ihrer wichtigsten Aufgaben angesehen (Zitat aus dem Großen Enzyklopädischen Wörterbuch). Patriotismus als Ergebnis gegenüber dem sozialistischen Wertesystem, in dem die persönlichen Interessen stets unvergleichlich niedriger gestellt wurden als die gesellschaftlichen (lies: die staatlichen, da in der totalitären Gesellschaft Staat und Gesellschaft in einer ekstatischen Einheit zusammenfließen), bedeutete die Bereitschaft, bedenkenlos das Leben herzugeben für das sozialistische Vaterland, den Kopf hinzuhalten im Kampf um die Ernte (sowjetische Wirklichkeit) oder im Kampf an den Kriegsfrenten. Das Bild des Patrioten im sowjetischen Vaterland ist somit das unwandelbare Bild des Menschen mit Gewehr, der für die gesellschaftlichen Interessen, für unsere Lebensweise auf der Wacht steht.

Die Zerstörung des Mythos vom besten System, auf das man stolz sein sollte, verwandelte sich zeitgleich in einen Minderwertigkeitskomplex. Der totalitäre Staat mit dem Namen UdSSR verlor den kalten Krieg genau so, wie das Dritte Reich den Zweiten Weltkrieg verlor, die von beiden Ländern aus der Niederlage gezogenen Lehren erwiesen sich indes als unterschiedlich. In Deutschland wurde an der Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins planmäßig und zielgerichtet gearbeitet. Auf Druck der Westmächte erfolgten wesentliche Veränderungen im Bildungssystem, im System der ideologischen Überwindung der Folgen des faschistischen Regimes. Als Ergebnis wurde in Westdeutschland ein ganzer Komplex von sich auf das nationale Selbstbewußtsein beziehenden Werten der politischen Kultur „amputiert“. Ziemlich bald jedoch wurde der hochmütige Stolz „arischer“ Prägung kompensiert durch die wirtschaftlichen und politischen Erfolge des neuen Staates. Der Stolz auf das eigene Land war in Deutschland in vielem mit dem deutschen Wirtschaftswunder verbunden.

In Russland hat ein „Wunder“ nicht stattgefunden. Die Beschädigung nationaler Gefühle als Ergebnis des Zusammenbruchs der Säule des „gerechtesten“ sozialistischen Systems ging einher mit einer hochgradigen Identitätskrise, die durch antisowjetische Stimmungen der ehemaligen Verbündeten im sozialistischen Lager noch vertieft wurde. Es erwies sich als unmöglich, den Begriff „Patriotismus“ mit einem neuen Inhalt zu füllen. Praktisch alle Vergleiche nach Kriterien der ökonomischen und politischen Entwicklung mit anderen Ländern, selbst mit den osteuropäischen, fielen zu Ungunsten Russlands aus. Als Folge wurde in den Perestrojka-Jahren der Begriff „Patriotismus“ von den ultralinken Kräften usurpiert, die Treue gegenüber dem besten sozialistischen System der Welt weiter bewahrten.

Das Vakuum, das innerhalb des Komplexes von auf die eine oder andere Art mit dem Nationalstolz verbundenen Werten der politischen Kultur entstanden war, wirkte sich bereits eklatant auf die politische und wirtschaftliche Lage aus. Das Fehlen künstlicher ideologischer Barrieren führte zu einem grandiosen „Brain-Drain“ ins Ausland, zu einem Absinken des Prestiges gesellschaftlicher und beruflicher Tätigkeit, die in früheren Zeiten mit dem Begriff „Dienen“ verbunden gewesen waren.

Angesichts der ökonomischen und politischen Schädigungen unternahm in den letzten zwei bis drei Jahren der Staat in Gestalt der Regierung und der Föderationbürokratie einen Angriff an der ideologischen Front. Denn wie anders soll man ein starkes Anwachsen von auf die „patriotische Erziehung der Jugend“ gerichteten staatlichen Programmen und Projekten nennen? (In diesem Jahr wurde vom Bildungsministerium zu einem Wettbewerb um das beste patriotische Material aufgerufen - in der zur Diskussion stehenden Doktrin der Jugendpolitik). Aufgrund der oben genannten Ursachen blieb jedoch der Inhalt der patriotischen Erziehung vorzugsweise ein sowjetischer – die Bereitschaft, die Heimat mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, gilt als die höchste Ausdrucksform von Patriotismus. Die Urbilder der sowjetischen

Mythologie erwiesen sich als äußerst hartnäckig: das Adjektiv „patriotisch“ bedeutet immer häufiger „wehrpatriotisch“. Im Bestreben, die hohe Bedeutung der Ideale der Verteidigung des Vaterlandes vor Augen zu führen, fahren die wehrdienstpflichtigen Abgeordneten der Staatsduma zu „Zusammenkünften des Militärs“, wofür ihnen aktuelles militärisches Wissen vermittelt wird.

Im Bildungssystem sind diese Prozesse noch spürbarer. Ein derartiges Patriotismusverständnis dominiert sowohl im Verwaltungssystem des Bildungswesens - von der Föderations- bis zur regionalen Ebene - als auch in den Bildungsinhalten, und dies bestätigt auch eine vom Jugendzentrum für Menschenrechte durchgeführte Expertise weit verbreiteter Lehrbücher zu gesellschaftskundlichen Disziplinen - Recht, Politik, Staatsbürgerkunde und Gesellschaftswissen.

Im Verlauf der Untersuchung, die der Analyse von Inhalt und Methodik der Vermittlung von mit den Menschenrechten zusammenhängenden Problemen gewidmet war, wurden Bücher von 25 Autorenkollektiven untersucht. Die meisten von ihnen verfügen über den Ministeriums- bzw. Regionalvermerk „Zugelassen“ und können somit im Schulbildungswesen verwendet werden. Eine der Haupttendenzen für im Jahr 2000 bzw. 2001 herausgegebene oder neu aufgelegte Lehrmittel ist neben dem verstärkten Einfluss der russischen orthodoxen Kirche die Propagierung von Ideen eines Staatspatriotismus.

Ein derartiges Patriotismusverständnis in schulischen Lehrmitteln ist Bestandteil: im System der Sichtweisen auf die Beziehungen zwischen Mensch, Gesellschaft und Staat, der Staat ist führend. Die Mehrzahl der Lehrpläne zu gesellschaftskundlichen Disziplinen ist „staatszentriert“. Eine der wesentlichen Schlussfolgerungen unserer Untersuchung lautet wie folgt: die Mehrzahl der Lehrbücher des gesellschaftskundlichen Zyklus ist darauf gerichtet, den zukünftigen Bürgern Gesetzesgehorsamkeit anzuerziehen, ohne dass die Möglichkeit eines kritischen Verhältnisses zu den Gesetzen und den Handlungen der Staatsangestellten auch nur angedeutet wird.⁵

Mit seltenen Ausnahmen sind die Autoren bestrebt, die Auseinandersetzung mit akuten und vorurteilsfreien Themen hinsichtlich der Tätigkeit des Staates in der Gegenwart zu vermeiden: zum Beispiel die massenhafte Verletzung der Menschenrechte im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus, eine tschetschenische Problematik. Das Fehlen akuter, für die derzeitige Situation aktueller Probleme, von Beispielen auf dem Gebiet des Schutzes und der Verletzung von Menschenrechten; alle Beispiele von Rechtsverletzungen – aus der Sowjetzeit oder

⁵ Diese Herangehensweise zeigt sich besonders deutlich in der Position von J. Sokolov - des Verfassers eines der populärsten Lehrbücher über Staatsbürgerkunde: „Lasst den Staat den Auftrag dafür gestalten, was für einen Bürger er bekommen möchte, und das Übrige erledigen wir“ (aus einem Ausspruch auf einer Konferenz). Insgesamt sind im Geiste einer bedingungslosen Gesetzesgehorsamkeit die folgenden untersuchten Lehrmittel gehalten: S. Volodina, N. Suporova. Grundlagen der Rechtskunde. 8.-9. Klasse, M. 2000; J. Sokolov. Staatsbürgerkunde. 5.-9. Klasse, M. 2000; Grundlagen der Bürgerbildung. P. Povgorod, 1996, Nikitin, A.N. Recht und Politik, M. 2000.

aus der Geschichte anderer Länder. Natürlich gibt es auch Ausnahmen.⁶ Sehr aufschlussreich ist aus meiner Sicht die Geschichte mit der Vergabe des offiziellen Vermerks des Bildungsministeriums für das Lehrbuch „Menschenrechte. Ein Lesebuch. 6.-8. Klasse.“, das im Herbst 2001 vom Jugendzentrum für Menschenrechte erarbeitet wurde. Die formalen Gründe für die ursprüngliche Verweigerung des „Visums“ des Ministeriums waren einige Bemerkungen methodischer Art, in den Wandelgängen wurde den Mitarbeitern des Zentrums indes offiziell erklärt, dass das Buch antirussisch sei. Insbesondere sei es unpatriotisch, in ein Schulbuch Auszüge aus dem Werk Hadschi-Murat von L. Tolstoi aufzunehmen, während der Staat einen so schweren Kampf mit den tschetschenischen Rebellen führt. In absolut die gleiche Logik fügt sich der Beschluss der Regierung ein, einen Wettbewerb um das „Hauptlehrbuch für Geschichte“ zu veranstalten, dessen Bilanz in diesem Sommer gezogen wurde, sowie die im Zusammenhang damit entfachte Diskussion in den Massenmedien darüber, was man den Kindern über das Land, in dem sie leben, erzählen darf und was nicht⁷).

In unseren Lehrbüchern liebt man es, über die unabdingbare Wechselbeziehung zwischen Rechten und Pflichten zu reden, wobei der Kreis der Pflichten praktisch immer die Pflicht zur „Verteidigung der Heimat“, das heißt die unbedingte Erfüllung der Wehrpflicht einschließt. Häufig wurde die Möglichkeit der Absolvierung eines alternativen Zivildienstes in den Lehrbüchern über das Recht entweder überhaupt nicht oder nur sehr beiläufig erwähnt.

An dieser Stelle die Diskussionen im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Zivildienstgesetzes.

Ein beträchtlicher Teil der Abgeordnetenkörperschaft äußerte sich in den mit der Annahme dieses Gesetzes verbundenen Debatten in dem gleichen Geist: die Zivildienstleistenden suchen das leichte Leben, wollen die schwere männliche Arbeit zur Verteidigung der Heimat nicht auf sich nehmen, ihre heilige Pflicht nicht erfüllen. Als Folge wurde ein Gesetz verabschiedet, das den Zivildienstleistenden das Leben „nicht als Zuckerlecken erscheinen lässt“.

Aus unserer Sicht ist das Menschenrecht nicht so sehr mit der Pflicht verbunden wie mit der Verantwortung des Menschen für sein Handeln gegenüber sich selbst, gegenüber der Gesellschaft und erst danach gegenüber dem Staat als einer zwangsmäßigen Institution.

Wenn von der Patriotismusproblematik in russischen Schulbüchern die Rede ist, darf die folgende Besorgnis erregende Tendenz nicht unerwähnt bleiben. Nicht selten

⁶ Eine Ausnahme ist das zuvor erwähnte Lehrbuch von J. Sokolov, das viele Beispiele von Menschenrechtsverletzungen während des 1. Tschetschenienkrieges enthält. Das Lehrbuch „Lebendiges Recht“ (Gupikov, A., Propykin, V. Lebendiges Recht. (SPb 2000) führt viele moderne, aber „abstrakte“ Beispiele an. Das Krasnojarsker Lehrbuch „Einführung in soziale Probleme der Gegenwart“ (Chasan, B., Sergomanov, N. u.a. Einführung in soziale Probleme der Gegenwart. Krasnojarsk, 2001) berührt ebenfalls viele aktuelle Probleme.

⁷ siehe z.B.: „Ogonek“, Nr. 39 (4714). September 2001.

versuchen die Autoren, religiöse und vor allem orthodoxe Werte zum Fundament einer patriotischen Erziehung der jungen Bürger zu machen. Einer besonderen geistigen und seelischen Art des russischen Volkes werden ganze Kapitel gewidmet⁸, und ein Lehrbuch enthält den bemerkenswerten Abschnitt „Orthodoxes Verständnis des Patriotismus“⁹. Darin ist unter anderem die Rede davon, wie die orthodoxe Kirche den *russischen* Menschen in allem Elend und Unglück geholfen hat. Insbesondere wird auf die besondere Rolle der Orthodoxen Kirche bei der Befreiung aus dem tatarischen Joch verwiesen.

Viele Autoren führt diese Position zu eine direkten Propagierung orthodoxer Ideen, ohne die, so erscheint es, wahrer Patriotismus nicht möglich ist, denn: „die Rechtgläubigkeit – das ist der Glaube der Väter für jeden russischen Menschen“. Der Gerechtigkeit halber muss erwähnt werden, dass es in den nationalen Republiken, wo andere Konfessionen dominieren, gleichermaßen das Bestreben erkennbar ist, dem Patriotismus ein moslemisches, buddhistisches oder anderes Fundament zu geben. Sehr typisch ist das Beispiel der Republik Kalmykien.¹⁰

Die Politik der Bildungsorgane und anderer Strukturen, die sich mit der Jugendpolitik beschäftigen, lässt sich ebenfalls häufig auf die Wiederherstellung eines Systems militärpatriotischer Lager, von „Wetterleuchten“ reduzieren. Erst unlängst wurde darüber gesprochen, dass es erforderlich sei, die militärische Grundausbildung in den Schulen wieder einzuführen, und diese Experimente werden in verschiedenen Regionen Russlands bereits durchgeführt. Der Gerechtigkeit halber ist zu erwähnen, dass versucht wird, auch andere Konzeptionen zu verfolgen, jedoch im wesentlichen mit Beteiligung gesellschaftlicher Organisationen.¹¹

Und wie reagieren die Jungen? Kompetente Untersuchungen zu diesem Thema ließen sich bisher leider nicht finden. Eine allgemeine Analyse der Situation und der gesunde Menschenverstand legen jedoch nahe, dass Hurratriotismus, die Propagierung militärisch-wehrhafter Methoden für den Schutz der Heimat und die Erziehung zum Patriotismus äußerst radikalen Stimmungen unter den Heranwachsenden und jungen Menschen „Nahrung geben“. Die Skinheads behaupten ihre Treue gegenüber dem russischen Volk mittels Gewalt und Drohungen. Der „Fußballpatriotismus“, der sich zu Tumulten in den Straßen der russischen Hauptstadt auswuchs, kann aus meiner Sicht auch als ein Rückfall betrachtet werden, als das Bestreben, den Minderwertigkeitskomplex mit den alten sowjetischen Methoden zu kompensieren. Auf der anderen Seite ruft das offenkundige Oktroyieren eines „Patriotismus von oben“ ein Protestgefühl hervor, besonders bei linken

⁸ Nikitin, A.N.Erw. Aufs.; Ebenfalls von ihm. Gesellschaftskunde, M. 2000; Eliasberg, N. Rechte des Kindes – das sind Ihre Rechte! SPb 1998. Ebenfalls von ihr. Ich und meine Welt.SPb 2000.

⁹ Grundlagen der Bürgerbildung.

¹⁰ Hierzu: Der Präsident Kalmykiens hat erst kürzlich in der zentralen Presse sein eigenes Verständnis von einer Konzeption der patriotischen Erziehung dargelegt. Siehe: Iljumzinov, K. Liebe zum Vaterland// Unabhängige Zeitung, 2. Aug. 2002.

¹¹ Leider ist es mir bisher nicht gelungen, mich mit der Doktrin der Jugendpolitik, die zur Zeit im Gossowjet Russlands erörtert wird, bekannt zu machen.

Jugendorganisationen, die skeptisch gegenüber dem heutigen russischen Staat eingestellt sind: „Einerseits verbreitet der Staat Patriotismus. Andererseits erlaubt er es nicht, ihn in individuellen Formen zum Ausdruck zu bringen“.¹²

Die wichtigste Schlussfolgerung, zu der auch die Untersuchung des Jugendzentrums für Menschenrechte und die allgemeine Analyse des Informationsfeldes und der Tendenzen im Bereich der „patriotischen Politik“ führen, ist folgende: in Russland ist dem Begriff des „Patriotismus“ kein grundlegend neuer Sinn gegeben worden. Die patriotische Erziehung als Teil der Jugendpolitik des Staates beruht auf alten Schemata und Ideologismen, in denen die Loyalität gegenüber dem Vaterland, nicht zum Land, sondern zum Staat, die zentrale Rolle spielt und das überzeugendste Bild eines Patrioten seiner Heimat das Bild eines „Menschen mit Gewehr“ ist. Und in der Epoche der Festigung der „Machtvertikale“ verstärkt sich die Instrumentalisierung derartiger Vorstellungen.

¹² Zitat aus dem Artikel: Andreeva, N. Der linke Marsch//Die Zeit MI. 23. Juli 2002.

Impressum

Redaktion	Jan Köttner Asya Mishina Irina Kalinina (russische Version)
Recherche	Andrei Kalich
Übersetzungen	Ingrid Müller Stefan Melle Manuela Putz Lena Bolobova Harry Wötzel Alexander Sotov (Koordination St. Petersburg)
Fotos	Robert Kindler
Layout	Evelyn Findeisen
Web- publishing	Miren Merkelbach
Herausgeber	Deutsch-Russischer Austausch e.V. Heinrich- Böll- Stiftung Evangelische Akademie zu Berlin

Die hier veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe geben die Ansicht der betreffenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die des Herausgebers oder der Redaktion.

Berlin, Dezember 2002

Tagungsprogramm

Freitag	15. November 2002	
	ab 15 Uhr	Anmeldung
	16. 30 Uhr	Begrüßung und Einführung Stefanie Schiffer und Jan Köttner
	17. 00 Uhr	Jugend in Deutschland in Umbruchzeiten Dr. Rolf Hanusch, Direktor der Evangelischen Akademie zu Berlin
	18. 00 Uhr	Abendessen
	19. 30 Uhr	Jugend in Russland in Zeiten der Transformation Jelena Omeltschenko, Direktorin des Zentrums für Soziologische Studien, Uljanowsk
	20.30 Uhr	Was geht uns das an? Diskussion der Einführungsvorträge mit Jugendlichen aus Deutschland und Russland Moderation: Dr. Elisabeth Weber
Samstag	16. November	
	8.30 Uhr	Frühstück
	9.30 Uhr	Vier Statements zur Einführung: Ziviler Ersatzdienst und Armeereform in Russland Ljudmila Wachnina, Memorial Moskau Berufsarmee oder Wehrpflicht in Deutschland? Winfried Nachtwei, MdB, Münster Freiwilliges Engagement Jugendlicher in Russland Andrej Jurow, Youth Human Rights Movement, Woronesch

Freiwilligendienste im friedenspolitischen Diskurs in Deutschland

Jan Gildemeister, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bonn

Moderation: Andrei Kalich

11.00 Uhr Kaffeepause

11.30 Uhr **Arbeitsgruppen**

A: Armee und ziviler Ersatzdienst – was können Staat und Gesellschaft von ihren jungen Bürgern fordern?

Björn Haberer, Jugendoffizier der Bundeswehr, Berlin
Günter Knebel, Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, Bremen
Roman Maranow, Rechtsanwalt, Perm
Maria Sannikowa, Zentrum zur Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten, Moskau
Wladimir Scharkow, Arbeitsministerium der Russischen Föderation, Moskau

Moderation: Jens Siegert, Heinrich-Böll-Stiftung, Moskau

B: Freiwilligenarbeit – was wollen Jugendliche Staat und Gesellschaft geben?

Elisabeth Gregull, Arbeitsstelle für Schule und Jugendhilfe der DKJS bei der RAA Berlin
Andrej Jurow, Youth Human Rights Movement, Woronesch
Irina Kisilowa, Zentrum zur Unterstützung von demokratischen Jugendinitiativen, Perm
Nils Wendtland, Internationaler Jugendgemeinschaftsdienst Berlin

Moderation: Barbara Kettner, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Berlin

C: Jugend und Politik – Wie wollen Jugendliche leben?

Olga Pogonina, Jugendzentrum für Menschenrechte und Rechtskultur, Moskau

Anna Weber, Servicestelle „Jugendbeteiligung“, Berlin

Jewgenij Grekow, Online-Zeitung Südliche Welle,

Club Bürgerbildung, Krasnodar

Christoph Dankert, Student, Frankfurt a. M.

Moderation: Peter Wittschorek

13.00 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr **Fortsetzung der Arbeitsgruppen**

17.00 Uhr **Berichte aus den Arbeitsgruppen**

Moderation: Stephan Malerius

18.00 Uhr Abendessen

Sonntag 17. November

8.30 Uhr Frühstück

9.00 Uhr **Morgenandacht**

10.00 Uhr **Perspektiven für das Verhältnis von Jugend, Staat und Gesellschaft**

Abschlussdiskussion mit

Prof. Dr. Hans-Eckehard Bahr, Bochum

Alexander Barannikow, Abgeordneter der Staatsduma der Russischen Föderation

Volkmar Deile, Vorstand Aktion Sühnezeichen, Berlin

Irina Kisilowa, Memorial Perm

Moderation: Ludwig Mehlhorn

11.30 Uhr Kaffeepause

12.00 Uhr **Absprachen für die Weiterarbeit**

13.00 Uhr Mittagessen

Ende der Tagung